

FINANZEN & STEUERN

LEHRERINFO
2015 | 2016



BEGLEITBROSCHÜRE FÜR LEHRERINNEN UND LEHRER



Vorwort	03
Kapitel I, Schülerheft, S. 6 bis 11:	04
Steuern und Politik	04
Steuersystem	06
Steuergerechtigkeit	08
Kapitel II, Schülerheft, S. 12 bis 21:	10
Einkommensteuer	10
Umsatzsteuer	13
Unternehmenssteuern	15
Bundeshaushalt	17
Bund-Länder-Finzen	20
Kapitel III, Schülerheft, S. 22 bis 27:	22
Gesellschaftspolitik	22
Familienpolitik	23
Zukunft und Altersvorsorge	25
Umweltpolitik	27
Kapitel IV, Schülerheft, S. 28 bis 35:	28
Globalisierung	28
Internationale Zusammenarbeit	30
Europäische Finanzpolitik	33
Aktuelle Herausforderungen	36

Herausgeber: Stiftung Jugend und Bildung, Wiesbaden, in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Finanzen (BMF), Berlin

Fachliche Beratung: Bundesministerium der Finanzen (BMF)

Pädagogische Beratung: Dr. Alexander Jehn (Präsident der Stiftung Jugend und Bildung)
Dr. Helge Schröder (Stiftung Jugend und Bildung)

Redaktion: Eric Meyer, Philine Sturzenbecher, Charlotte Höhn (verantwortlich)

Redaktionsschluss: August 2015

Texte: Dorothea Hoffmann, Hofheim

Verlag: Eduversum GmbH, Wiesbaden

Druck: Zarbock GmbH & Co. KG

Gestaltung: Iris Christmann (cmuk, Wiesbaden)

Titelfoto: Gettyimages/David Schaffer

Illustrationen: Iris Christmann, (cmuk, Wiesbaden)
Sandra-Charlotte Schleutner (Schimmelreiter, Wiesbaden)

Alle Rechte vorbehalten. Schulen können Exemplare in begrenztem Umfang bei der Eduversum GmbH anfordern.

Internet: www.bundesfinanzministerium.de,
www.jugend-und-bildung.de

Ein Wort vorab

Die Unterrichtsmaterialien „Finanzen & Steuern“ vermitteln Schülern Grundwissen über das komplexe Themenfeld Steuerpolitik, über den Staatshaushalt und zur internationalen Zusammenarbeit in der Finanzpolitik. Dabei verfolgen die Materialien das Ziel, jungen Menschen den Zusammenhang zwischen der Finanzpolitik und dem Lebensalltag aufzuzeigen. Die Unterrichtsmaterialien helfen dabei, auf viele Fragen Antworten zu finden, mit denen Jugendliche spätestens nach dem Eintritt in das Berufsleben konfrontiert sein werden. Denn alle Bürger haben täglich mit Steuern zu tun, schließlich muss sie jeder zahlen – und jeder nimmt die staatlichen Leistungen auf die eine oder andere Art in Anspruch.

Das Schülerheft kann sowohl in den Fächern Politik, Gemeinschaftskunde und Wirtschaft als auch im Fach Arbeitslehre oder in Fächern des sozialwissenschaftlichen Unterrichts eingesetzt werden. Die vorliegende Begleitbroschüre unterstützt Lehrkräfte bei der Vorbereitung des Unterrichts und gibt Anregungen für die Unterrichtsgestaltung. Außerdem bietet sie weiterführende Informationen zu den Themenseiten im Schülerheft.

Nicht immer lassen sich die Inhalte der Einzelthemen klar voneinander trennen: Steuern begegnen uns schließlich in vielen Lebensbereichen und auf unterschiedliche Weise. Ebenso müssen übergeordnete Aspekte wie Steuergerechtigkeit und Transparenz berücksichtigt werden. So vielschichtig wie das Thema sind auch die Informationen hierzu, die in unterschiedlichen Zusammenhängen genutzt werden können. Etliche Darstellungen bauen dagegen aufeinander auf. Grundsätzlich ist das Schülerheft in vier Themenkapitel gegliedert. Diese enthalten einzelne Themendoppelseiten; komplexe Themen erstrecken sich über drei Seiten. Der beiliegende Foliensatz erweitert Schüler- und Lehrerheft thematisch und eröffnet die Möglichkeit, bestimmte Sachverhalte intensiver und losgelöst zu behandeln. Eine Übersicht über die acht Unterrichtsfolien befindet sich auf dem Rücken dieses Hefts.



Monatlich aktuell: das Arbeitsblatt des Monats

Ergänzend zu den gedruckten Unterrichtsmaterialien „Finanzen & Steuern“ erscheint ab Oktober 2015 monatlich ein aktuelles Arbeitsblatt, konzipiert für Schüler ab Klasse 10. Angelehnt an die Themen des Schülerhefts werden hier Themen vertiefend weiterbehandelt oder aktuelle Entwicklungen in der Finanz- und Steuerpolitik kompakt und verständlich aufgegriffen. Lehrkräfte können sich die Arbeitsblätter in der Reihe „Finanzen & Steuern“ kostenlos unter www.jugend-und-bildung.de → Unterrichtsmaterial → Arbeitsblätter oder www.bundesfinanzministerium.de → Bürgerinnen und Bürger → Schule und Bildung → Arbeitsblätter herunterladen.

ANREGUNGEN FÜR DEN UNTERRICHT

1. Als „Nachtwächterstaat“ in den Zeiten des Laissez-faire-Liberalismus tituliert, hielt sich der Staat weitestgehend aus dem wirtschaftlichen Geschehen heraus. Die ordnungspolitische Rolle des Staates in der heutigen sozialen Marktwirtschaft unterscheidet sich davon. Das Leitbild der sozialen Marktwirtschaft setzt darauf, Wettbewerb und wirtschaftliche Leistung immer auch mit sozialem Ausgleich und ökonomischer und sozialer Teilhabe zu verbinden. Die Schüler diskutieren vor dem geschichtlichen Hintergrund, warum die Auffassung des Liberalismus in der damaligen Form scheiterte und welche Gründe für die heutige Rolle des Staates sprechen.
2. Jedes Jahr etwa im Juli ist der „Steuerzahlergedenktag“, den der Bund der Steuerzahler ausrechnet. Bis zu diesem Tag hat der Steuerzahler übers Jahr gesehen rein rechnerisch für den Staat gearbeitet. Erst danach arbeitet er für sein eigenes Portemonnaie. Sind die Steuer- und Abgabenbelastungen zu hoch? Die Schüler diskutieren, ob sie eher eigenverantwortlich Aufgaben übernehmen/finanzieren oder lieber Steuern zahlen und dem Staat die Organisation vielfältiger Aufgaben überlassen würden.
3. Die Schüler sammeln Beispiele für Steuern, die sie abschaffen würden, und begründen ihre Auswahl. Die Vorschläge werden im Plenum diskutiert. Dabei sollte auf das derzeitige Steueraufkommen, die Wirkung der Steuer und auf die staatliche Zielsetzung eingegangen werden. Gibt es aktuelle Anknüpfungspunkte, die – wie etwa seinerzeit mit dem Aufkommen der Alkopopgetränke – für eine neue Steuer in Betracht kämen?

VORSCHLÄGE FÜR ARBEITSAUFGABEN

- Nennt Beispiele für Steuern, die eine erzieherische Wirkung haben. Was soll die Steuer bei den Bürgern bewirken (Beispiel: Alkopopsteuer)?
- Was bedeutet Privatisierung? Gibt es Themenbereiche, aus denen sich der Staat besser heraushalten und die er der Privatwirtschaft überlassen sollte? Die Schüler erfragen bei ihren Gemeinden oder recherchieren im Netz, welche ehemals staatlichen Aufgaben hier der Privatwirtschaft übertragen wurden.
- Was besagt die Abgabenquote? Warum ist die Abgabenquote im internationalen Vergleich so unterschiedlich?

o Steuerpolitik

Der Staat greift auf vielfältige Art und Weise in unser Leben ein. Durch die Steuerpolitik, also durch die Einführung oder Abschaffung von Steuerarten und durch die Erhöhung oder Senkung der Steuersätze kann er finanz-, wirtschafts- sowie sozial- und verteilungspolitische Zwecke verfolgen.

Im Mittelpunkt der Steuerpolitik steht in erster Linie das Ziel, Einnahmen in ausreichender Höhe zu generieren, damit alle Leistungen für die Gemeinschaft realisiert und alle Staatsausgaben gedeckt werden können.

Steuern und Politik

Leistungen des Staates

Finanzierung der öffentlichen Ausgaben für

- die Sicherheit
- die Bildung
- die Infrastruktur
- das Gesundheitswesen
- die soziale Absicherung der Bürger
- die Umwelt- und Energiepolitik
- die Förderung von Familien
- die Stabilität des Wirtschafts- und Finanzwesens

◦ Steuern, Gebühren, Beiträge

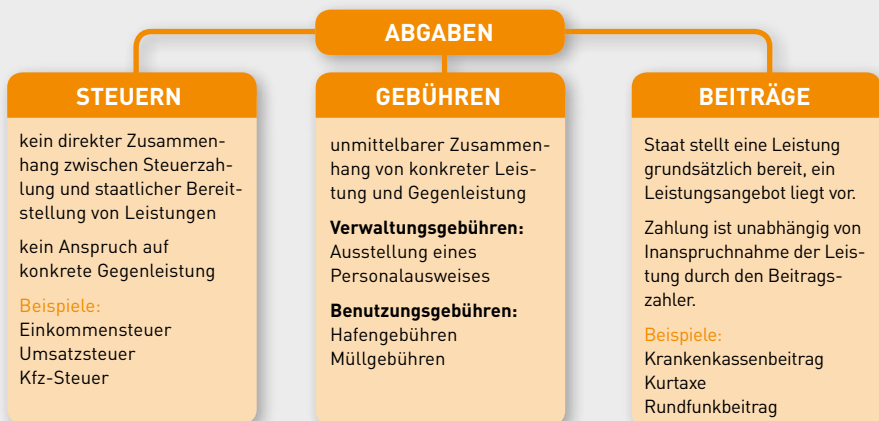
Die Einnahmen, die der Staat benötigt, um diese Aufgaben zu bewerkstelligen, werden als Abgaben in Form von Steuern, Gebühren und Beiträgen bei den Bürgern und den Unternehmen erhoben.

Abgaben dürfen grundsätzlich nur dann erhoben werden, wenn sie den Bestimmungen des Grundgesetzes entsprechen. Sie müssen gerecht, transparent und praktikabel sein. Abgaben sichern nicht nur die staatlichen Einnahmen, sie sind auch ein politisches Lenkungsinstrument. Durch steuerpolitische Maßnahmen kann eine Regierung den Wirtschaftsablauf beeinflussen und einzelne Bereiche fördern. Um wirtschafts- und sozialpolitische Ziele zu erreichen, gewährt sie Steuervergünstigungen oder verteuert unerwünschte Effekte durch eine Steuererhebung.

◦ Steuern und Abgaben im internationalen Vergleich

Deutschland liegt im internationalen Vergleich bei der Abgabenquote im Mittelfeld. Während Länder wie die USA, Schweiz, Irland und Japan eine traditionell geringe relative Belastung aufweisen, liegen die skandinavischen Staaten oder auch Frankreich und Italien über der deutschen Abgabenquote.

Abgrenzung der Steuern von Gebühren und Beiträgen



ANREGUNGEN FÜR DEN UNTERRICHT

- Zum Einstieg in das Thema: Die Schüler nehmen eine Tageszeitung ihrer Wahl und werten den politischen bzw. wirtschaftlichen Teil der Nachrichten aus: Von welchen Steuern, Abgaben und Gebühren wird dort aktuell geschrieben? Die Schüler klassifizieren ihre Ergebnisse und ordnen diese steuersystematisch zu.
- „Auch Schüler zahlen Steuern.“ Die Schüler diskutieren diese Aussage und belegen sie anhand von Beispielen. Mit welchen Steuern, Gebühren und Abgaben hatten die Schüler selbst schon zu tun?
- Die Schüler erfragen bei ihrer Gemeinde die Höhe der örtlichen Einnahmen aus Steuern, Abgaben und Gebühren und stellen eine Liste zusammen, welche Lebensbereiche des Bürgers davon betroffen sind.

VORSCHLÄGE FÜR ARBEITSAUFGABEN

- Was versteht man unter Gemeinschaftsteuern?
- Wie verteilen sich die einzelnen Steuern auf Bund, Länder und Gemeinden?
- In welche gesellschaftlichen und politischen Bereiche können die unterschiedlichen Steuerarten eingeteilt werden?

o Steuersystematik

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die in Deutschland erhobenen Steuern einzuteilen.

1. Nach der Art der Erhebung

- direkte Steuern: Der Steuerzahler ist auch zugleich der Steuerträger. Der Betroffene zahlt direkt an das Finanzamt.
- indirekte Steuern: Hier fallen Steuerzahler und Steuerträger auseinander. Beispiele: die Verkehr- und die Verbrauchsteuer. Indirekte Steuern werden von den Unternehmen (Steuerzahler) an die Finanzverwaltung abgeführt. Die Steuerlast trägt jedoch der Endverbraucher.

2. Nach den Anknüpfungspunkten für die Besteuerung

- Besitzsteuern: setzen bei Einkommen (Beispiel: Einkommensteuer) oder Vermögen (Beispiel: Grundsteuer) von natürlichen oder juristischen Personen, das heißt Unternehmen, an.

- Verkehr- und Verbrauchsteuer betreffen Geschäftsvorfälle (Beispiel: Umsatzsteuer) oder den Verbrauch von Gütern (Beispiel: Energie- und Tabaksteuer).

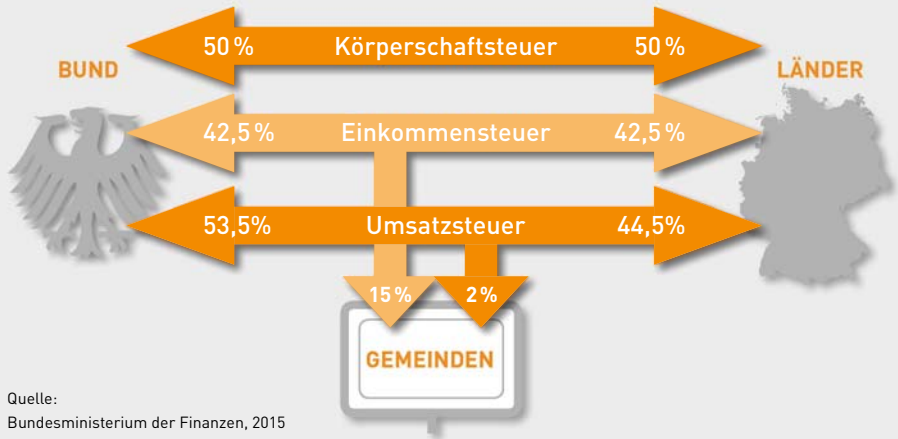
3. Nach der Ertragskompetenz: Bund, Länder, Gemeinden

Die Ertragskompetenz, das heißt die Verteilung der Steuererträge zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, ist in Artikel 106 des Grundgesetzes geregelt. Es gibt Steuern, die ausschließlich Bund, Ländern oder Gemeinden zustehen, und sogenannte Gemeinschaftsteuern. Sie werden nach einem bestimmten Verteilungsschlüssel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aufgeteilt.

Bund und Länder haben wenige eigene Steuern. Rund 70% des Steueraufkommens ergeben sich aus den Gemeinschaftsteuern. Diese verteilen sich wie folgt:

Steuersystem

Aufteilung der Gemeinschaftssteuern 2014



o Gesetzgebungskompetenz

Die Steuergesetzgebungskompetenz liegt nach Artikel 105 des Grundgesetzes beim Bund und den Ländern. Es gibt einerseits die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes (bei Zöllen und beim Branntweinmonopol) und andererseits die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz zwischen Bund und Ländern. Bei konkurrierender Gesetzgebungskompetenz hat der Bund ein Vorrangrecht, wenn das Steueraufkommen ganz oder teilweise dem Bund zusteht oder wenn ein Bedürfnis nach bundesgesetzlicher Regelung besteht. Die Länder können unter anderem dann Gesetze erlassen, solange der Bund von seinem Gesetzgebungsrecht keinen Gebrauch macht.

o Internationales und supranationales Steuerrecht

Steuerrecht ist heute längst international: Deutsche leben und arbeiten im Ausland, Ausländer leben und arbeiten in Deutschland. Mit „internationalem Steuerrecht“ bezeich-

net man alle Vorschriften des deutschen Steuerrechts, die sich mit grenzüberschreitenden Sachverhalten befassen. Der Begriff „supranationales Steuerrecht“ steht vor allem im Zusammenhang mit der Europäischen Union bzw. der Europäischen Gemeinschaft, die eine Verlagerung von nationalstaatlichen Zuständigkeiten begründete und zum Beispiel im Steuerrecht zu übergeordneten und verbindlichen Entscheidungen und Regelungen für die einzelnen Mitgliedstaaten führte.

Einen wesentlichen Teil des deutschen internationalen Steuerrechts bilden die Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung (Doppelbesteuerungsabkommen – DBA). Doppelbesteuerungen stellen bei internationaler wirtschaftlicher Betätigung ein erhebliches Hindernis für Handel und Investitionen dar. Durch DBA sollen derartige steuerliche Hindernisse abgebaut werden, um die internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu fördern und zu vertiefen.

ANREGUNGEN FÜR DEN UNTERRICHT

- „Wie gerecht ist das deutsche Steuersystem?“, fragte die Süddeutsche Zeitung in einer Recherche 2013 (www.sueddeutsche.de/thema/Steuergerechtigkeit). Die Schüler stellen die Erkenntnisse aus den Artikeln in Stichworten zusammen und befragen Personen in ihrem Umfeld über die selbstempfundene Steuergerechtigkeit. Die Ergebnisse werden in der Klasse vorgetragen und diskutiert.
- Die Schüler diskutieren über eine gleichmäßige und leistungsgerechte Besteuerung. Sie sammeln Kriterien für eine solche Form der Besteuerung und analysieren Chancen und Probleme.
- Schwarzarbeit gilt bei vielen als Kavaliersdelikt. Welche Schäden entstehen dem Staat durch Schwarzarbeit? (Artikel unter www.zoll.de → Pressemitteilungen → Suchbegriff: Zoll-Jahresbilanzen).

VORSCHLÄGE FÜR ARBEITSAUFGABEN

- Wie wirken sich im Einkommensteuertarif Überlegungen zu einer „gerechten“ Besteuerung aus, zum Beispiel zur Berücksichtigung von Familien und Kindern?
- Was versteht man unter Eingangssteuersatz und Höchststeuersatz?
- Was versteht man unter „Ehegattensplitting“? Ist die Zusammenveranlagung von Ehepaaren heute noch zeitgemäß? Sucht Pro- und Kontra-Argumente und begründet.

◊ Gleichmäßige und gerechte Besteuerung

Die Steuergerechtigkeit ist ein fundamentaler Besteuerungsgrundsatz und unverzichtbarer Bestandteil des Steuersystems. Sie fordert, dass sich die Steuer an der Leistungsfähigkeit des Steuerzahlers und an der Höhe seines Einkommens orientiert (Leistungsfähigkeitsprinzip). Zugleich muss die Gleichmäßigkeit der Besteuerung gewahrt sein. Dies bedeutet: gleiche Steuerlast bei gleicher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Privilegien oder willkürliche Besteuerung sind mit dem Grundsatz der Gleichmäßigkeit nicht zu vereinbaren. Es ist erforderlich, dass die Steuerlast bei unterschiedlichen Verhältnissen entsprechend differenziert wird.

◊ Umsetzung der Steuergerechtigkeit

Im Steuergesetz gibt es eine Reihe von Ansätzen, um den Gedanken der Gerechtigkeit umzusetzen:

• Ehegattensplitting

Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Ein Ehepaar wird im Gegensatz zu einem unverheirateten Paar als Steuereinheit betrachtet, da entsprechend der zivilrechtlichen Vorgaben die Ehe eine auf Dauer angelegte Haushalts- und Wirtschaftsgemeinschaft mit gegenseitigen Unterhaltspflichten ist, bei der Erwerbs- und Familienarbeit gleichwertig sind. Das Splittingverfahren bei der Zusammenveranlagung von

Steuergerechtigkeit

Ehegatten (sogenanntes Ehegattensplitting) zur Einkommensteuer stellt daher sicher, dass die Steuerlast des Paares unabhängig von der Verteilung der Erwerbseinkünfte auf die Ehepartner ermittelt wird. Die Ehegatten werden steuerlich letztlich so gestellt, als ob jeder Ehegatte die Hälfte des gemeinsam zu versteuernden Einkommens erzielt und als Alleinstehender nach dem für jeden Steuerpflichtigen geltenden Steuertarif zu versteuern hätte. In der Regel ist das Ehegattensplitting für Ehegatten günstiger als die optional zulässige Einzelveranlagung jedes Partners. Inzwischen gilt das Verfahren auch für eingetragene Lebensgemeinschaften von gleichgeschlechtlichen Paaren.

• Familien und Kinder

Über den Kinderfreibetrag, das Kindergeld, den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende und den Kinderzuschlag für Geringverdiener werden die Belastungen gesenkt. 2015 wurden die Beträge erneut angehoben, um den aktuellen Anforderungen gerecht zu werden.

• Kalte Progression

Die Steuerprogression wird auch für den Teil einer Lohnerhöhung wirksam, der lediglich für einen Inflationsausgleich sorgt. Obwohl sich somit das Realeinkommen nicht verändert, führt der progressive Einkommenssteuertarif zu einem Anstieg der Durchschnittsbelastung und damit zu Steuererhöhungen. Diesen Effekt nennt man „kalte Progression“. Solche versteckten Steuererhöhungen sind vom Gesetzgeber letztlich nicht gewollt. Bundestag und Bundesrat haben vor der Sommerpause 2015 ein Gesetz beschlossen, das diesen Nachteil aufhebt.

◦ Steuerhinterziehung, Steuerflucht und Steuerfahndung

Eine gerechte Verteilung der Steuerlast ist auch unter dem Aspekt der Akzeptanz des Steuersystems durch die Bürger erforderlich. Ein Steuersystem, das von den Bürgern als ungerecht oder lückenhaft empfunden wird, wird zum eigenen Vorteil ausgenutzt oder umgangen. Steuerhinterziehung ist in Deutschland ein Straftatbestand. Seit dem 1.1. 2015 ist die strafbefreiende Selbstanzeige bei Steuerhinterziehungen deutlich verschärft worden. Ziel ist es, die Steuerhinterziehung konsequent zu bekämpfen. Auch international werden zahlreiche Anstrengungen unternommen. So haben mehr als 50 Länder Ende Oktober 2014 einen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen beschlossen, um Steuerschlupflöcher zu schließen.

Der Bundesminister der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble, zur Entscheidung des Bundesrats am 10.7.2015:

„Mit der Zustimmung des Bundesrates [Anm. d. Red.: zum Gesetz über den Abbau der kalten Progression und zur Anpassung von Familienleistungen] ist der Weg frei für eine Entlastung der Steuerzahler und Familien um mehr als 5 Milliarden Euro pro Jahr. Wir bauen die kalte Progression systematisch ab und entlasten damit vor allem kleine und mittlere Einkommen. Gleichzeitig profitieren die Familien in Deutschland von der Anhebung familienpolitischer Leistungen.“

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

ANREGUNGEN FÜR DEN UNTERRICHT

- Die Schüler schauen auf YouTube ein oder mehrere Videos von ElsterOnline, dem Dienstleistungsportal der Finanzverwaltung unter www.elsteronline.de, in denen die Abgabe der Steuererklärung erklärt wird.
- Die Schüler erarbeiten in Gruppen, wie der Verdienst eines Ferien- oder Nebenjobs zu versteuern ist: www.minijobzentrale.de → gewerblicher Bereich → Steuerrecht. Welche unterschiedlichen Formen des Verdiensts gibt es (Minijob, Saisonbeschäftigung)? Die Schüler berichten von ihren eigenen Erfahrungen.
- Wäre eine Besteuerung gerechter, wenn jeder denselben Steuersatz auf sein Einkommen zahlen würde? Die Schüler sammeln Vor- und Nachteile einer Einheitsbesteuerung und diskutieren die Argumente im Plenum.
- Welche Einkommensteuererklärungen und ergänzenden Unterlagen müssen nach amtlich vorgeschriebenem Datensatz abgegeben werden?

VORSCHLÄGE FÜR ARBEITSAUFGABEN

- Recherchiert unter www.bundesfinanzministerium.de, wie hoch im Jahr 2014 das Aufkommen aus Lohn- und sonstiger Einkommensteuer war.
- Was sind Werbungskosten und was sind Sonderausgaben? Warum mindern sie die Steuerlast?
- Welche Werbungskosten können Auszubildende und Studenten üblicherweise ansetzen?
- Was ist das „zu versteuernde Einkommen“?
- Für welchen Zweck wurde und wird der Solidaritätszuschlag erhoben? Informiert euch über die aktuelle Diskussion zum Solidaritätszuschlag und diskutiert Pro- und Kontra-Argumente.

◦ Eckpunkte zur Einkommensteuer

- Die Einkommensteuer gehört zu den wichtigsten Steuern in Deutschland, da sie mehr als ein Drittel der gesamten Steuereinnahmen ausmacht.
- Sie wird auf der Basis von sieben Einkunftsarten ermittelt, denen wiederum zwei verschiedene Einkunftsermittlungsverfahren zugrunde liegen:
 - ▶ Bei Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb und aus selbstständiger Arbeit wird der Gewinn, der besteuert wird, aus der Gegenüberstellung von Betriebseinnahmen und -ausgaben ermittelt.
- ▶ Bei Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit, aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung sowie sonstigen Einkünften wird der Überschuss durch Abzug der Werbungskosten (Aufwendungen, die dazu dienen die Einnahmen zu erzielen, zu sichern und zu erhalten) von den Einnahmen ermittelt.
- Die Höhe der Einkommensteuer wird errechnet, indem das zu versteuernde Einkommen dem als mathematische Funktion definierten Steuertarif unterworfen wird.

Einkommensteuer

Die Lohnsteuer

Die Lohnsteuer ist keine Steuer eigener Art, sondern nur eine Erhebungsform der Einkommensteuer. Sie wird vom Arbeitgeber bei der Lohnzahlung an die Arbeitnehmer einbehalten und direkt von ihm an das Finanzamt abgeführt. Steuerpflichtiger Arbeitslohn sind alle Einnahmen, die dem Arbeitnehmer aus dem Dienstverhältnis zufließen. Der Steuertarif ist so angelegt, dass bei einem zu versteuernden Einkommen von bis zu 8.472 Euro (2015) keine Steuer anfällt. Darüber schließt sich die erste Progressionszone an, die bis zu einem zu versteuernden Einkommen von 13.469 Euro reicht. Die zweite Progressionszone erstreckt sich bis 52.881 Euro. Darüber folgen die beiden oberen Proportionalzonen. Der Spitzensteuersatz liegt derzeit bei 45%.

Die Abgeltungsteuer

Seit 2009 erfolgt die Besteuerung der Einkünfte aus Kapitalvermögen durch die sogenannte Abgeltungsteuer. Sie betrifft nur die im Privatvermögen erzielten Kapitalerträge, wie

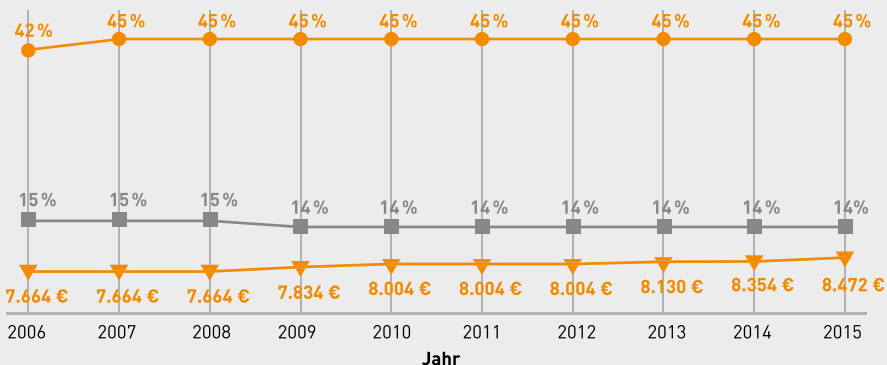
Dividenden aus Aktien, Zinsen, Erträge aus Investmentfonds sowie Kursgewinne aus dem Verkauf von Wertpapieren, unabhängig von ihrer Haltedauer. Die Abgeltungsteuer ist wie die Lohnsteuer eine besondere Erhebungsform der Einkommensteuer. Hier sind es die Banken, die den Steuerabzug durchführen und die Beträge an den Staat abführen. Der Bürger muss nichts weiter unternehmen. Der Steuersatz beträgt grundsätzlich für alle privaten Kapitalerträge einheitlich 25% zuzüglich des Solidaritätszuschlags und gegebenenfalls der Kirchensteuer.

Der Solidaritätszuschlag

Der „Soli“, wie der Solidaritätszuschlag umgangssprachlich genannt wird, ist eine Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer. Er ist keine eigene Steuerart, sondern wird wie das Wort „Zuschlag“ anzeigt, auf die Einkommen- bzw. die Körperschaftsteuer mit einem Satz von 5,5% zugeschlagen. Daher wird er auf die Lohnsteuer und die Abgeltungssteuer für

Entwicklung des Einkommensteuertarifs bis 2015

▼ Grundfreibetrag ■ Eingangssteuersatz ● Höchststeuersatz



Quelle: Bundesministerium der Finanzen, 2015

Kapitalerträge als Erhebungsformen der Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer ebenfalls zugeschlagen, maximal jedoch die tarifliche Einkommensteuer, wenn diese niedriger ist.

◉ Internationaler Vergleich der Steuer- und Abgabenbelastung von Arbeitseinkommen

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) veröffentlicht regelmäßig einen internationalen Vergleich der Lohnsteuer- und Abgabenbe-

lastung von Arbeitnehmerhaushalten in verschiedenen Familienverhältnissen und Einkommensgruppen. Die folgende Tabelle zeigt die Gesamtbelastung von Arbeitnehmern mit Einkommen-/Lohnsteuer und Sozialabgaben 2014 in % des Bruttoarbeitslohns. Der Vergleich verdeutlicht, dass in Deutschland kinderlose alleinstehende Durchschnittsverdiener eine relativ hohe Belastung haben. Familien mit Kindern bei einem Alleinverdiener mit durchschnittlichem Einkommen sind vergleichsweise besser gestellt.

	Alleinstehend ohne Kind, 1 Durchschnittseinkommen	Verheiratet, 2 Kinder, Alleinverdiener, 1 Durchschnittseinkommen	Verheiratet, 2 Kinder, 1 Durchschnittseinkommen und 33% eines 2. Durchschnittseinkommens
Deutschland	39,5	21,1	26,7
Belgien	42,3	31,0	32,8
Dänemark	38,4	34,4	37,2
Finnland	30,7	30,7	26,1
Frankreich	28,7	21,9	20,8
Griechenland	24,9	28,7	25,6
Italien	31,6	24,7	22,6
Niederlande	31,4	28,8	24,7
Österreich	34,6	32,6	29,2
Schweiz	17,4	10,8	12,4
Großbritannien	23,7	23,7	19,5
USA	24,8	12,8	16,9

Umsatzsteuer

ANREGUNGEN FÜR DEN UNTERRICHT

- Bei Restaurants, die Speisen auch außer Haus verkaufen, gilt der ermäßigte Mehrwertsteuersatz. Für die im Lokal verspeisten Gerichte wird dagegen der volle Mehrwertsteuersatz erhoben. Kinderbücher sind ermäßigt, Autokindersitze dagegen nicht: Ergibt das Sinn? Die Schüler erarbeiten in Gruppenarbeit Argumente für und gegen diese unterschiedlichen Regelungen, die aus Sicht des Staates und aus Sicht der Verbraucher betrachtet werden können, und diskutieren die Ergebnisse in der Klasse.
- Welche Produkte und Leistungen ermäßigt werden, ist im Gesetz festgelegt und wird nur gelegentlich geändert. Für welche Produkte und Dienstleistungen gilt derzeit der ermäßigte Steuersatz? Die Schüler recherchieren im Netz, erstellen eine Liste und diskutieren, was sich der Staat bei der jeweiligen Ermäßigung gedacht haben könnte.

VORSCHLÄGE FÜR ARBEITSAUFGABEN

- Wann erfolgte die letzte Umsatzsteuererhöhung in Deutschland, und wie wurde sie von der damaligen Regierung begründet?
- Wie werden die Steuereinnahmen aus der Umsatzsteuer zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aufgeteilt?
- Für die EU gilt eine gemeinsame Mehrwertsteuersystem-Richtlinie. Sie schreibt vor, dass der Normalsteuersatz mindestens 15%, der ermäßigte Satz mindestens 5% betragen muss. Deutschland liegt eher am unteren Ende. Verschenkt der deutsche Staat damit Einnahmen? Begründet eure Meinung.

o Eckpunkte zur Umsatzsteuer

- Die Umsatzsteuer, oft auch Mehrwertsteuer genannt, stellt eine der wichtigsten Einnahmequellen des Staates dar.
- Der Gesetzgeber kann die Umsatzsteuer nicht völlig frei gestalten. Er ist an die Mehrwertsteuersystem-Richtlinie gebunden, die für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union gilt.
- Weil die Umsatzsteuer vom Konsumenten auf dem Umweg über den Unternehmer erhoben wird, zählt sie zu den indirekten Steuern.
- Sie setzt an zwei Seiten des Warenumsatzes an: einmal auf der Verkaufsseite und einmal auf der Einkaufsseite.
- Höhe: 19% auf den Nettoverkaufspreis, 7% auf besondere Güter und Leistungen, zum Beispiel Lebensmittel, Fahrkarten; Steuerbefreiung für besondere Leistungen, etwa ärztliche Behandlung(en).
- Der Endverbraucher trägt die Steuer, der Verkäufer ist jedoch der Steuerpflichtige. Mit dem Verkaufspreis hat er die Umsatzsteuer zu erheben und den Steuerbetrag an das Finanzamt abzuführen.
- Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer stehen als Gemeinschaftssteuer dem Bund und den Ländern zu. Seit 1998 sind auch die Gemeinden am Umsatzsteueraufkommen beteiligt.

◦ Umsatzsteuer beim Verkäufer

Bei jedem Verkauf, egal ob der jeweilige Abnehmer ein Unternehmen oder eine Privatperson ist, entsteht ein Umsatz (Preis x Stückzahl). Auf diesen Umsatz erhebt der Verkäufer Umsatzsteuer, die der Käufer an der Kasse zu bezahlen hat. Der Verkäufer überweist den Umsatzsteuerbetrag regelmäßig an das Finanzamt. Die Umsatzsteuer ist grundsätzlich auf jeder Rechnung gesondert auszuweisen.

◦ Umsatzsteuer beim Einkäufer

Ein Unternehmen kauft für seinen Produktionsprozess wie Vorprodukte, Rohstoffe oder Materialien von seinen Lieferanten und zahlt mit dem Kaufpreis die enthaltene Umsatzsteuer. Diese ist dann für ihn die sogenannte Vorsteuer. Das Unternehmen kann diese von der erhaltenen Umsatzsteuer aus dem Verkauf abziehen.

Beispiel: Ein Unternehmen verkauft Waren für 100.000 Euro zuzüglich 19% Umsatzsteuer an seinen Kunden. Für Vorprodukte hat der Unternehmer seinerseits an seine Lieferanten 12.500 Euro Umsatzsteuer gezahlt; die kann er als Vorsteuer ansetzen. Er muss nur die Differenz an das Finanzamt abführen:

Gesamtbetrag des Warenverkaufs:	100.000 Euro
+ 19% Umsatzsteuer:	19.000 Euro
– abziehbare Vorsteuer:	12.500 Euro
= an das Finanzamt zu zahlen:	6.500 Euro

◦ Streitthema Umsatzsteuer

Der deutsche Umsatzsteuersatz von 19% (ermäßigt 7%) liegt im europäischen Vergleich in der unteren Hälfte.

Die Aufteilung, was mit dem ermäßigten Satz und was mit dem normalen Satz besteuert wird, führt immer wieder zu Diskussionen. Kritiker argumentieren, dass die Steuerermäßigung nicht wie ursprünglich geplant, den Verbraucher entlaste, sondern nur einzelne Branchen subventioniere.

Hier ein Auszug aus der Liste von Waren und Dienstleistungen mit ermäßigtem Steuersatz:

Ermäßigter Umsatzsteuersatz und Begründung

Lebensmittel	sozialpolitische Gründe
Bücher, Zeitschriften, Eintrittskarten für Kulturveranstaltungen	kultur- und bildungspolitische Gründe
land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse sowie Futtermittel	Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen
Leistungen im öffentlichen Personennahverkehr, insbesondere Beförderung von Personen	sozial- und verkehrspolitische Gründe

Unternehmenssteuern

ANREGUNGEN FÜR DEN UNTERRICHT

- Die Schüler erarbeiten in Gruppen die unterschiedlichen wirtschaftlichen Merkmale der wichtigsten Rechtsformen (Kapital, Geschäftsführung, Haftung usw.) von Unternehmen. Dazu untersuchen sie mithilfe der Gelben Seiten oder des Internets, welche Rechtsformen die Unternehmen in ihrer Region gewählt haben, und stellen zusammen, welche Rechtsform häufig und welche eher selten gewählt wurde? Was könnten die Gründe dafür sein? Die Gruppen stellen ihre Ergebnisse vor.
- Die Schüler informieren sich über mittelständische Unternehmen in ihrer Stadt oder in der Umgebung ihres Wohnorts und befragen deren Unternehmer nach den Gründen für ihre Standortwahl. Sie erarbeiten anschließend eine Mindmap mit Kriterien, die bei der Auswahl eines Unternehmensstandorts wichtig sind.
- Die Schüler erfragen bei ihrer Gemeinde den aktuellen Gewerbesteuerhebesatz und vergleichen ihn mit Nachbargemeinden. Gibt es Unterschiede? Wenn ja, was sind mögliche Gründe dafür?

VORSCHLÄGE FÜR ARBEITSAUFGABEN

- Welche Steuern müssen Einzelunternehmen, Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften bezahlen?
- Welche Bedeutung hat der Mittelstand insgesamt für die deutsche Wirtschaft?
- Die derzeitige Steuerbelastung empfinden viele Unternehmen als zu hoch, andererseits liegt Deutschland im unteren Drittel bei der Höhe der Körperschaftsteuer. Welche Vorteile bietet der niedrige Körperschaftsteuertarif für den Standort Deutschland?

◦ Eckpunkte Körperschaftsteuer

- Die Körperschaftsteuer wird in Deutschland auf das Einkommen juristischer Personen des Privatrechts, beispielsweise Kapitalgesellschaften wie von Aktiengesellschaften und von Gesellschaften mit

beschränkter Haftung, ferner auf das Einkommen von Genossenschaften und Vereinen sowie bei Betrieben gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts angewendet.



- Politische Parteien, gemeinnützige und kirchliche Körperschaften sowie Unternehmen des Bundes sind von der Körperschaftsteuer befreit.
- Die Körperschaftsteuer beträgt 15% des zu versteuernden Einkommens.

◦ Eckpunkte Gewerbesteuer

- Die Gewerbesteuer ist die Haupteinnahmequelle der Kommunen zur Bestreitung ihrer öffentlichen Ausgaben. Besteuert wird der Gewerbebetrieb und seine Ertragskraft.
- Besteuerungsgrundlage ist der Gewerbeertrag. Das ist der nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes bzw. des Körperschaftsteuergesetzes zu ermittelnde Gewinn aus dem Gewerbebetrieb, vermehrt und vermindert um bestimmte Beträge.
- Die Gewerbesteuer wird bei Gewerbebetrieben zusätzlich zur Einkommensteuer bzw. Körperschaftsteuer erhoben.
- Jede Gemeinde legt einen Hebesatz für die Ermittlung der Gewerbesteuer fest. Aus der Multiplikation des Gewerbesteuermessbetrags mit dem (prozentualen) Hebesatz ergibt sich die zu zahlende Gewerbesteuer.
- Die Hebesätze schwanken je nach Standort meist zwischen 200% und 500%, sodass oftmals die Höhe des Gewerbesteuerhebesatzes über die Standortwahl von Unternehmen mitentscheidet und es nicht selten innerhalb von Nachbargemeinden zur Konkurrenz um Unternehmensansiedlungen kommen kann.

◦ Unternehmenslandschaft in Deutschland

Die deutsche Wirtschaft wird vor allem durch die circa 3,7 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen sowie die Selbst-

ständigen in Handwerk, industriellem Gewerbe, Handel, Tourismus, Dienstleistungen und den freien Berufen geprägt. Diese Unternehmen bezeichnet man als „Mittelstand“. Ihr typisches Merkmal im Unterschied zu Großunternehmen ist, dass sie stark vom Unternehmensinhaber geprägt sind. Der oder die Inhaber stellen das Kapital und leiten das Unternehmen selbst. Bei Großunternehmen sind hingegen Eigentümer (Kapitalgeber) und Management meist nicht identisch. Als mittelständische Unternehmen gelten Unternehmen von 11 bis 500 Mitarbeitern und mit 50 Millionen Euro Umsatz jährlich.

Mittelständische Unternehmen ...

- stellen 99,6% aller Unternehmen in Deutschland dar.
- tätigen fast 37% aller steuerpflichtigen Umsätze.
- beschäftigen rund 60% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Unternehmen.
- bieten 82% aller Ausbildungsstellen an.

(Quelle: Institut für Mittelstandsforschung)

◦ Körperschaftsteuersätze im internationalen Vergleich

Seit der Absenkung des deutschen Körperschaftsteuersatzes im Rahmen der Unternehmenssteuerreform 2008 von 25% auf 15% ist Deutschland im internationalen Vergleich deutlich wettbewerbsfähiger geworden.

Nur Länder wie die Schweiz, Bulgarien, Irland und Zypern haben niedrigere nominale Körperschaftsteuersätze; Malta und die USA sind Spitzenreiter mit 35%.

(Quelle: Bundesministerium der Finanzen:

„Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich“, 2014).

Bundshaushalt

ANREGUNGEN FÜR DEN UNTERRICHT

- Zum Einstieg schauen die Schüler das Video zum Bundshaushalt unter: www.bundshaushalt-info.de → Anleitung & Hintergrundinformationen
- Die Schüler recherchieren die Ressortverteilung bei den Staatsausgaben im Bundshaushalt 2015. Welche Ministerien erhalten gegenüber 2014 mehr Mittel, welche müssen sparen? Die Schüler diskutieren, welche Politik in der Ausgabenverteilung zum Ausdruck kommt.
- Welche Umverteilung in den Ministerien würden die Schüler selbst vornehmen und mit welcher Begründung? Die Schüler überprüfen in Kleingruppen – nach Ministerien aufgeteilt – die Argumente und führen im Anschluss eine Debatte durch.

VORSCHLÄGE FÜR ARBEITSAUFGABEN

- Exekutive und Legislative: Welche Rollen spielen sie bei der Aufstellung des Haushalts?
- Warum ist der Bundesrechnungshof wichtig? Die Schüler stellen aus dem jährlichen Bericht unter www.bundesrechnungshof.de → Veröffentlichungen/Bemerkungen → Jahresberichte einige Beispiele für unnötige Ausgaben vor und machen Vorschläge, wie solche Fehlentwicklungen verhindert werden könnten.
- Derzeit kommt der Bundshaushalt ohne Neuverschuldung aus. Dennoch entfallen auf einen Bürger bisher rund 26.000 Euro Schulden, wenn man die bisherigen Schulden pro Kopf verteilen würde. Müssen wir dauerhaft mit Schulden leben? Diskutiert das Für und Wider. Welche Gründe gibt es, dass Deutschland Schulden hat, und warum gelten wir immer noch als „reiches Land“?

◦ Eckpunkte zum Bundshaushalt

- Der Bundshaushalt besteht aus dem Haushaltsgesetz (HG), das vom Parlament verabschiedet werden muss. Teil des Haushaltsgesetzes ist der eigentliche Haushaltsplan (HP), in dem jährlich die Einnahmen und Ausgaben des Bundes festgelegt werden.
- Er ist das „Regierungsprogramm in Zahlen“, denn er gibt Auskunft darüber, welche Aktivitäten der Staat für das kommende Jahr beabsichtigt und für welche Zwecke wie viel Geld ausgegeben wird.
- Die Budgethoheit liegt beim Parlament (Art. 110 Abs. 2 GG).
- Haushaltsgesetze stellen in Deutschland sowohl der Bund als auch die Länder auf; das Pendant auf kommunaler Ebene für die Gemeinden heißt Haushaltssatzung.

◦ Arbeitskreis Steuerschätzungen

- Der Arbeitskreis tagt zweimal im Jahr. Seine Schätzungen der Steuereinnahmen werden in den Haushaltsplan und in die mittelfristige Finanzplanung des Bundes übernommen.
- Der Arbeitskreis ist ein Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (BMF) und besteht seit 1955.
- Ihm gehören neben dem Bundesministerium der Finanzen das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), die fünf

großen Wirtschaftsforschungsinstitute, das Statistische Bundesamt, die Deutsche Bundesbank, der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die Länderfinanzministerien und die Bundesvereinigung kommunaler Spitzenverbände an.

- Diese Zusammensetzung sichert die Unabhängigkeit des Gremiums.

◦ Der Bundshaushalt 2015

Der 1. Bundshaushalt 2015 (einschließlich 1. Nachtragshaushalt) umfasst geplante Ausgaben in Höhe von 301.600.000.000 Euro (301,6 Milliarden Euro). Für das Jahr 2015, kommt der Bund ohne eine Neuverschuldung aus, das heißt die Einnahmen decken die Ausgaben. Nicht nur der Bundshaushalt 2015, sondern auch die Finanzplanung bis 2019 sieht keine neuen Schulden vor.

Die Ausgaben des Bundes im Jahr 2015 (einschließlich Nachtragshaushalt)

nach Einzelplänen (in Mrd. € bzw. Anteilen in %)

Arbeit und Soziales	125,7	41,7 %
Verteidigung	33,0	10,9 %
Bundesschuld	24,3	8,1 %
Verkehr und digitale Infrastruktur	23,3	7,7 %
Allgemeine Finanzverwaltung	16,8	5,6 %
Bildung und Forschung	15,3	5,1 %
Gesundheit	12,1	4,0 %
Familie, Senioren, Frauen und Jugend	8,5	2,8 %
Wirtschaft und Energie	7,4	2,5 %
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6,5	2,2 %
Innenministerium	6,3	2,1 %
Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	3,9	1,3 %
Auswärtiges Amt	3,7	1,2 %
Justiz und Verbraucherschutz	0,7	0,2 %
Sonstige	14,2	4,7 %
Gesamt	301,6	100 %

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, 2015

Die höchsten Ausgaben entfallen traditionell auf das Ministerium für Arbeit und Soziales (rund 126 Milliarden Euro), gefolgt vom Verteidigungsetat mit rund 33 Milliarden Euro, dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur mit rund 23 Milliarden Euro sowie dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit rund 15 Milliarden Euro.

◦ Veränderungen bei den Einnahmen oder Ausgaben im Haushaltsvollzug

Aufgrund des langen zeitlichen Vorlaufs der Haushaltsplanung können Situationen während des laufenden Haushaltsjahrs eintreten, die eine Veränderung auf der Einnahmen- und/oder Ausgabenseite mit sich bringen. Hierfür regelt die Bundeshaushaltsordnung (§ 37), ob dann ein Nachtragshaushalt erforderlich wird oder

Bundshaushalt

inwieweit das Bundesfinanzministerium solche unerwarteten Haushaltsveränderungen ohne Nachtragshaushalt bewilligen darf. Nach Ablauf des Haushaltsjahrs werden die Planzahlen mit den tatsächlichen Ist-Werten des Jahres in der sogenannten Haushaltsrechnung verglichen. Sie zeigt, ob die durch den Haushaltsplan festgelegten Ansätze in der Praxis auch im abgelaufenen Jahr eingehalten wurden.

◦ Der Finanzplan

Unter dem Finanzplan des Bundes versteht man die von der Bundesregierung beschlossene fünfjährige Finanzplanung (derzeit von 2015 bis 2019). Da der Haushaltsplan selbst nur für ein Jahr aufgestellt wird, sich aber viele politische Maßnahmen, etwa auf den Gebieten des Sozial-, Verkehrs- und Bildungswesens oder Programme zur Konjunkturbelebung über viele Jahre erstrecken, ist es sinnvoll, einen längeren Planungszeitraum zu wählen.

◦ Der Bundesrechnungshof

Rund um das Thema Staatsverschuldung

Der Schwerpunkt der Haushaltskontrolle liegt in der nachträglichen Kontrolle durch den Bundesrechnungshof. Die Aufgaben des Bundesrechnungshofs sind im Grundgesetz festgelegt (Art. 114 GG). Neben der Prüfung der formellen Ordnungs- und Rechtmäßigkeit kommt der Wirtschaftlichkeitsprüfung eine besondere Bedeutung zu. Der Bundesrechnungshof hat dabei zu untersuchen, ob die Maßnahmen der Regierung wirtschaftlich sinnvoll waren oder gegebenenfalls auch durch niedrigere Ausgaben hätten umgesetzt werden können.

◦ Bei den Schulden auf die Bremse

Um dauerhaft solide Haushalte sicherzustellen, haben sich Deutschland und die anderen Mitgliedstaaten der EU zur Einhaltung strikter Regeln zur Kontrolle der Staatshaushalte verpflichtet. Auf nationaler Ebene ist dies in der sogenannten Schuldenbremse verankert, auf europäischer Ebene gilt der „Fiskalvertrag“.

Gesamtverschuldung:	die Summe der aufgelaufenen Schulden der Vergangenheit
Neuverschuldung:	der Betrag, der in einem Haushaltsjahr an neuen Schulden aufgenommen wird; mit der Neuverschuldung kann ein Defizit finanziert werden
Defizit:	der Betrag, um den in einem Haushaltsjahr die Ausgaben die Einnahmen übersteigen
strukturelles Defizit:	der Teil des Staatsdefizits, der nicht auf konjunkturelle Ursachen oder Einmaleffekte zurückzuführen ist
konjunkturelles Defizit:	der Teil des Staatsdefizits, der auf einem ungünstigen Konjunkturverlauf beruht, also konjunkturbedingt sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben, die über eine Kreditaufnahme finanziert werden können
Staatschuldenquote:	Schuldenstand in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP)

ANREGUNGEN FÜR DEN UNTERRICHT

- Die Geberländer kritisieren, dass eigene Anstrengungen zum Wohlstand des Bundeslandes durch die Verteilung eines großen Teils der höheren Steuereinnahmen an andere verpuffen und der eigenen Bevölkerung nicht zugutekommen. So hätten auch die Nehmerländer keinen Anreiz sich anzustrengen. Dies sei ungerecht. Die Schüler diskutieren diesen Vorwurf.
- Ende 2019 laufen sowohl der Länderfinanzausgleich als auch der Solidarpakt aus. Eine Neuregelung des Finanzausgleichs ist notwendig. Die Schüler diskutieren das Für und Wider eines Finanzausgleichs zwischen den Ländern und erarbeiten eigene Vorschläge für ein sinnvolles Ausgleichssystem.
- Diskussion oder politische Debatte in der Klasse: Kooperation oder Wettbewerb?

Mögliche Argumentationsgrundlagen für eine Gruppenarbeit:**Pro Wettbewerb:**

- Wer wirtschaftlich erfolgreich ist, sollte dafür auch belohnt werden. Daher sollten die Länder allein über ihre Steuereinnahmen bestimmen dürfen!
- Eigenverantwortung der Länder bringt Anreize zum Wettbewerb. Das führt dazu, dass es letztlich allen besser geht!
- Es kann nicht sein, dass einige wenige Länder in den Ausgleich einzahlen und viele andere nehmen. Das ist ungerecht.

Pro Kooperation und Ausgleich:

- Wir leben in einem föderalen System. Daher sollte sich jeder auch um den anderen kümmern – und auch darum, dass es den Menschen in einem anderen Bundesland vielleicht nicht so gut geht.
- Kein Land kann etwas dafür, wenn es wirtschaftlich schlechter dasteht – zum Beispiel, wenn es einer Branche nicht gut geht. Darunter dürfen die Bewohner nicht leiden.
- Es ist wichtig, die finanziellen Ungleichheiten zu beseitigen.
- Wenn ein Land sich hohe Ausgaben leistet und nicht sparsam ist, müssen nicht die anderen Länder diese Ausgaben übernehmen.

VORSCHLÄGE FÜR ARBEITSAUFGABEN

- Seit wann gibt es den Länderfinanzausgleich? Wie viele Geberländer gab es 2014 im Länderfinanzausgleich (im engeren Sinne)?
- Warum erhalten die Stadtstaaten eine Sonderregelung?
- Wie funktioniert der Länderfinanzausgleich? Versucht, das Prozedere mit eigenen Worten zu erklären.

Bund-Länder-Finzen

◦ Finanzverfassung

Als Finanzverfassung bezeichnet man alle Bestimmungen für das staatliche Finanzwesen. Sie ist im Wesentlichen in den Artikeln 104 a bis 108 GG festgelegt. Unser föderaler Gesamtstaat gliedert sich in Bund und Ländern. Die Gemeinden sind staatsorganisationsrechtlich und finanzverfassungsrechtlich den Ländern zugeordnet. Jedem Teilbereich sind nach dem Grundgesetz ganz bestimmte Aufgaben zugewiesen. Dabei übernimmt eine übergeordnete Ebene – beispielsweise der Bund – nur jene Aufgaben, die die untergeordnete Gebietskörperschaft nicht erfüllen kann. Dies nennt man Subsidiaritätsprinzip. Dadurch sollen die Aufgaben möglichst wirtschaftlich erledigt werden. Grundsätzlich muss jeder für diese Aufgaben auch die Ausgaben tragen

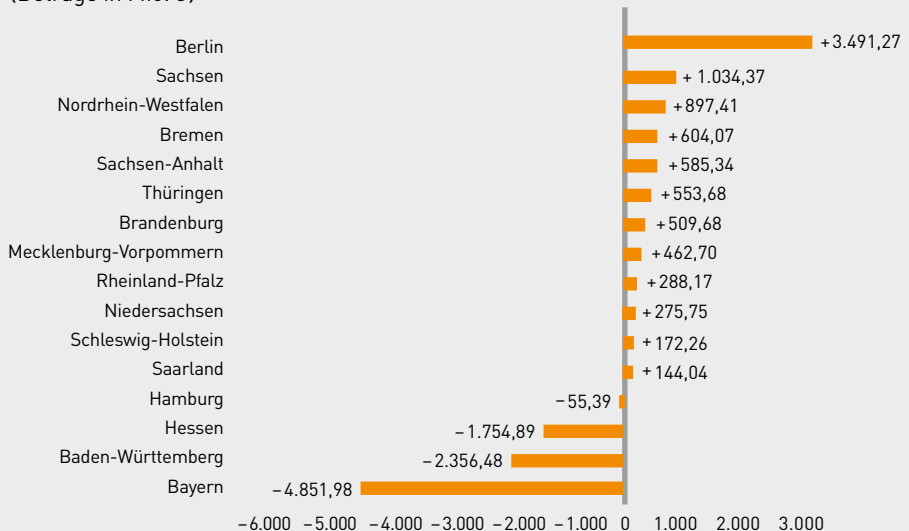
(Art. 104 a GG). Darum fließt das Geld, das jeder Bürger für öffentliche Aufgaben einzahlt, nicht in eine gemeinsame Kasse, sondern wird zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aufgeteilt.

◦ Warum ein Länderfinanzausgleich?

Die Starken helfen den Schwachen. Die Grundzüge der Finanzausstattung von Bund und Ländern werden durch das Grundgesetz geregelt. Ein Finanzausgleich zwischen den Ländern ist notwendig. So ist die Finanzkraft der einzelnen Länder teilweise sehr unterschiedlich, unter anderem wegen der verschiedenen Wirtschaftsstrukturen. Gemäß Artikel 107 Abs. 2 GG ist durch Gesetz sicherzustellen, dass diese unterschiedliche Finanzkraft der Länder angemessen ausgeglichen wird.

Länderfinanzausgleich 2014

(Beträge in Mio. €)



Quelle: Statistisches Bundesamt, www.statista.de, 2015

ANREGUNGEN FÜR DEN UNTERRICHT

- Die Schüler schauen unter www.youtube.com/watch?v=JTuuw40f-Ok die kontroverse Debatte im Bundestag über den Bildungsbericht 2014 an. Welche Haltung vertritt die Regierung, welche die Oppositionsparteien? Die Schüler stellen für beide Seiten in Gruppen die Argumente zusammen und stellen die Ergebnisse in Form von Kurzpräsentationen der Klasse vor.
- Im internationalen Vergleich* liegen die deutschen Bildungsausgaben mit etwa 5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im guten Mittelfeld. Spitzenreiter ist Dänemark mit fast 9 % des BIP. Muss Deutschland mehr für Bildung ausgeben, um den Anschluss nicht zu verpassen? Die Schüler machen Vorschläge, was mit höheren Ausgaben finanziert werden könnte, und diskutieren, ob die Ausgabenhöhe tatsächlich mit einer besseren Bildung in einen Zusammenhang gebracht werden kann.

*http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Educational_expenditure_statistics

VORSCHLÄGE FÜR ARBEITSAUFGABEN

- Ist Bildungshoheit bei den Ländern noch gut aufgehoben? Oder sollte sie vom Bund festgelegt werden? Die Schüler diskutieren das Pro und Kontra einer föderalen oder einer zentralen Bildungspolitik.
- Warum ist Bildung für ein Industrieland wie Deutschland so wichtig?

◦ Eckpunkte des Bildungsberichts 2014

Globalisierung und Strukturwandel, demografische Entwicklung und veränderte Kompetenzen im Beruf erfordern ein leistungsfähiges Bildungswesen. Der Bericht „Bildung in Deutschland“ des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) informiert seit 2006 über die Eckpunkte des deutschen Bildungswesens.

- Die Beteiligung der unter Dreijährigen an frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung hat sich in Westdeutschland seit 2006 verdreifacht und beträgt im März 2013 24 %. Bei den Drei- bis unter Sechsjährigen beträgt die Bildungsbeteiligung insgesamt 94,1 %.
- Immer weniger Schüler verlassen die Schule ohne Hauptschulabschluss. Ihr Anteil ist von 8 % im Jahr 2006 auf 5,9 % im Jahr 2012 gesunken.
- Das Angebot schulischer Ganztagsbetreuung nimmt weiter zu.
- Die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt hat sich verbessert.
- Mittlerweile verfügen 53,5 % der Schulabsolventen über eine Hochschulzugangsberechtigung.
- Die Anzahl der Studienanfänger steigt unter den Absolventen mit Hochschulzugangsberechtigung auf 51,4 %.
- Auch die Absolventenquote hat sich bei den Studierenden seit 1995 stark erhöht. Sie liegt inzwischen bei 31 %.
- Immer mehr Menschen nutzen Weiterbildungsangebote: Es ist ein deutlicher Anstieg der Weiterbildungsbeteiligung auf 49 % im Jahr 2012 zu verzeichnen.
- Seit den 90er-Jahren besucht mehr als ein Drittel aller Schüler nach der Grundschule das Gymnasium.

Familienpolitik

ANREGUNGEN FÜR DEN UNTERRICHT

- Zum Einstieg in das Thema schauen die Schüler den Erklärfilm „Kindergeld & Co.“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter www.bmfsfj.de → Presse → Videos (Seite 2) an. Sie fassen zusammen, welche Komponenten zur Familienförderung gehören.
- Die Grafik „Familien mit Kindern nach Familientyp seit 1996“ zeigt einen klaren Trend: Die klassische Familie mit Ehepaaren und Kindern ist eindeutig auf dem Rückzug. Lebensgemeinschaften und Alleinerziehende nehmen deutlich zu. Die Schüler diskutieren die Ursachen für diesen Trend und welche Auswirkungen damit verbunden sind. Welche Familienverhältnisse gibt es in der Lerngruppe? Die Schüler bringen eigene Erfahrungen ein.
- Die Kinderanzahl in Deutschland sinkt. Dieser Abwärtstrend dauert unverändert an. Stirbt Deutschland aus? Die Schüler erarbeiten in Gruppen die Ursachen und Auswirkungen auf die Gesellschaft sowie Ansätze des Staates, diesen Trend zu stoppen.

VORSCHLÄGE FÜR ARBEITSAUFGABEN

- Warum stellt das Grundgesetz Ehe und Familie unter besonderen staatlichen Schutz, und an welchen Maßnahmen wird dies deutlich?
- Welche konkreten Maßnahmen bietet der Staat, um Familien zu helfen, sei es finanziell, durch Betreuungsangebote oder Beratungen?
- Welche unterschiedlichen familienpolitischen Ansätze verfolgen andere europäische Staaten wie Schweden und Frankreich? Stellt die Konzepte und Ansätze gegenüber und recherchiert noch ein weiteres Land.

o Familienpolitik ist vielschichtig

Die Familienpolitik als Grundbaustein der Gesellschaft umfasst im Kern alle Maßnahmen, die zum Schutz und zur Förderung der Familie dienen. Dazu gehören auch die Bereiche Kinder und Jugend, ältere Menschen sowie die Gleichstellung zwischen Mann und Frau.

Der Staat kann die Familienpolitik auf folgende Art und Weise beeinflussen und steuern:

- rechtliche Maßnahmen: Gesetze zu Ehe und Familie, Lebensgemeinschaften, Schutz von Kindern etc.
- finanzielle Unterstützung: Transferleistungen wie Kindergeld und Elterngeld
- Beratung: Hilfestellung für Betroffene in allen Bereichen, zum Beispiel durch das Jugendamt
- Bildungspolitik: Schule, Jugendhilfe, Bildungseinrichtungen

o **Familiensituation**

Familien umfassen alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, das heißt Ehepaare, Lebensgemeinschaften sowie alleinerziehende Mütter und Väter mit Kindern. Familie an sich bedeutet heute strukturell oft nicht mehr dasselbe wie früher: Der klassische Typ – das Ehepaar mit Kindern – weicht zunehmend Lebenspartnerschaften und Alleinerziehenden, oder es gibt sogenannte Patchworkfamilien. Die Politik muss diese Vielfalt berücksichtigen und ihre Unterstützung hierauf ausrichten.

o **Kinderanzahl und demografischer Wandel**

In den nächsten Jahren und Jahrzehnten wird sich die Bevölkerungsstruktur in Deutschland weiter stark verändern:

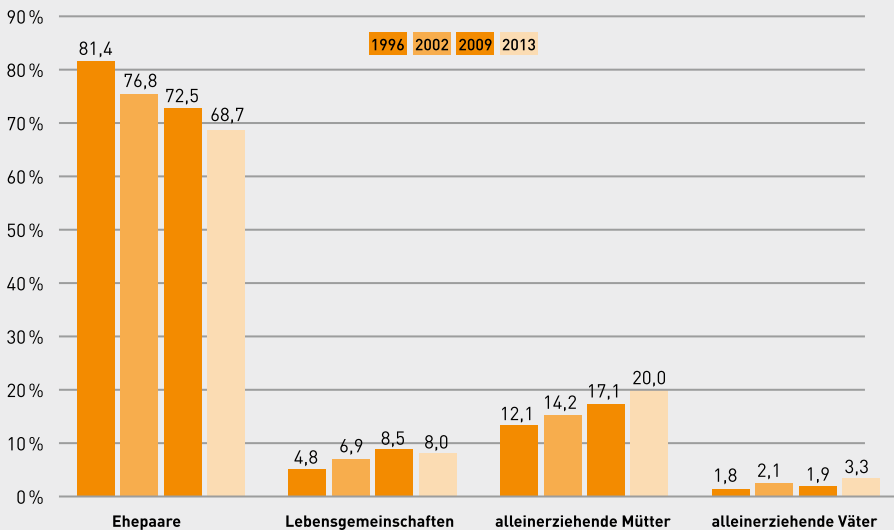
Die Menschen in Deutschland werden älter, und die geborenen Kinder werden mit jeder Generation weniger. Waren es 1991 noch 17,26 Millionen Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren, so sank diese Zahl 2003 auf nur noch 14,62 Millionen.

o **Familienpolitik in den Nachbarstaaten**

In Schweden etwa zielt die Familienpolitik darauf ab, das Modell der Doppelverdienerfamilie zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass sowohl Männer als auch Frauen arbeiten und bei der Erziehung die gleichen Rechte und Pflichten haben. Frankreich fördert besonders Familien mit mehreren Kindern durch Bereitstellung von umfangreichen Betreuungsangeboten und hat die höchste Geburtenrate in Europa.

Familien mit Kindern nach Familientyp seit 1996

Kinder ¹⁾ unter 18 Jahren; in % der Lebensformen mit Kind(ern)



¹ Ledige Kinder, die im Haushalt ihrer Eltern leben

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2014

Zukunft und Altersvorsorge

ANREGUNGEN FÜR DEN UNTERRICHT

- Die Schüler sammeln Beispiele für Szenarien, wie sich die Bevölkerungsentwicklung auf Deutschland in 20 Jahren auswirken könnte. Mögliche Fragestellungen betreffen das Schulsystem („Müssen Schulen schließen?“), den Hochschulbereich („Jeder Student bekommt einen Studienplatz?“), die Unternehmen („Spezielle Produkte für Ältere?“), ältere Menschen („Muss jeder bis zum 70. Lebensjahr arbeiten?“). Was erwarten die Schüler, wie finden sie diese Entwicklung?
- Die heute Berufstätigen finanzieren durch ihre Beiträge zur Rentenversicherung die jetzige Rente der Älteren – in der Erwartung, dass die kommende Generation dann später die Renten für sie aufbringt. Wer heute in die Rentenversicherung einahlt, spart nicht für sich selbst an, sondern erwirbt Ansprüche gegenüber der nachfolgenden Generation. Ist der Generationenvertrag heute noch gerecht? Die Schüler erstellen eine Liste mit Pro- und Kontra-Argumenten für den Generationenvertrag. Anschließend diskutieren sie diese Argumente und machen eigene Vorschläge zur Sicherung der Renten.
- Die Schüler befragen Erwachsene in ihrem Umfeld nach deren privater Vorsorge und einer möglichen Versorgungslücke und diskutieren anschließend ihre Befragungsergebnisse in der Klasse. Ist die Altersvorsorge eine private Angelegenheit oder kann, darf, muss der Staat eingreifen, wenn hier Lücken und damit Altersarmut drohen?

VORSCHLÄGE FÜR ARBEITSAUFGABEN

- Welche Konsequenzen hat es für den Haushalt von Bund und Ländern und die Steuer-
verteilung, wenn die Bevölkerung in Deutschland immer älter wird?
- Wie und mit welchen Programmen unterstützt der Staat die private Altersvorsorge
seiner Bürger? Die Schüler stellen in Kleingruppen Beispiele vor.
- Worin unterscheiden sich die verschiedenen Anlageprodukte, die bei einem „Riester-
Vertrag“ gewählt werden können?

o Gesetzliche Altersvorsorge

Der demografische Wandel in Deutschland wird durch folgende Faktoren geprägt:

- Rückgang der Bevölkerungszahl
- Anstieg der Lebenserwartung
- Rückgang der Geburten
- steigender Anteil älterer Menschen

o Probleme des Generationenvertrags

Bei unveränderten Ansprüchen an die Rentenversicherung wird die demografische Entwicklung zu einer steigenden Zahl von Anspruchsberechtigten bei einer sinken-

den Zahl von Beitragszahlern führen. Dies erfordert ein rechtzeitiges Gegensteuern, um eine Anpassung von Lebensplanungen zu ermöglichen.

Was könnten Lösungsansätze sein?

- länger arbeiten und erst später die Rente erhalten
- Rentenkürzungen für alle
- eine Einheitsrente für jeden
- die private Vorsorge muss die Versorgungslücke füllen

Die gesetzliche Rente wird für viele nicht mehr als alleinige Einkommensquelle im Alter ausreichen. Eine frühzeitige Ergänzung durch eine betriebliche oder/und private Altersvorsorge ist daher wichtig. Staatliche Unterstützungen durch Zulagen und Steuerbegünstigungen helfen bei der privaten Vorsorge.

o Betriebliche Altersversorgung

Alle Arbeitnehmer, die pflichtversichert Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, haben seit dem 1. Januar 2002 einen gesetzlichen Anspruch darauf, dass ein Teil ihrer künftigen Gehaltsansprüche zugunsten einer betrieblichen Altersversorgung verwendet wird. Ein Arbeitgeber ist auf Wunsch des Arbeitnehmers somit grundsätzlich verpflichtet, einen Teil des Gehalts oder des Lohnes in eine betriebliche Altersversorgung einzuzahlen. Man unterscheidet in der betrieblichen Altersversorgung mehrere Wege zur Durchführung der Versorgungszusagen des Arbeitgebers:

die Direktversicherung, die Pensionskasse bzw. den Pensionsfonds, die Unterstützungskasse und die Direktzusage.

o Private Altersvorsorge

1. Riester-Rente

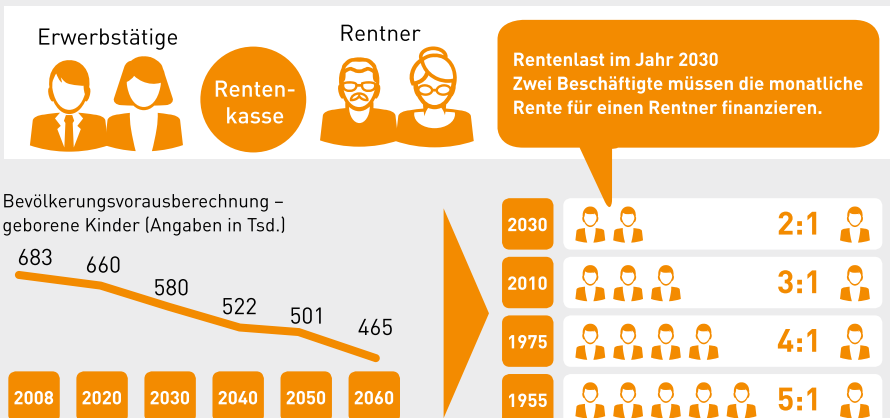
Die sogenannte Riester-Rente ist eine vom Staat bezuschusste private Zusatzvorsorge. Es stehen unterschiedliche Anlageprodukte zur Verfügung: Banksparpläne, die zu Rentenbeginn in eine Rentenversicherung umgewandelt werden und über die dann die Auszahlung stattfindet; klassische private Rentenversicherungen; fondsgebundene Rentenversicherungen; Fondssparpläne sowie Wohnriesterdarlehen und Bausparverträge.

2. Basisrente (Rürup-Rente)

Dabei handelt es sich um eine klassische oder fondsgebundene Rentenversicherung, die der Staat steuerlich begünstigt. Man kann die Beiträge als Sonderausgaben von seinem Einkommen abziehen.

Herausforderung Generationenvertrag

Der demografische Wandel belastet das Rentensystem und erhöht die Rentenlast.



Quelle: www.einfach-rente.de; Zahlen nach DRV und Statistischem Bundesamt

Umweltpolitik

ANREGUNGEN FÜR DEN UNTERRICHT

- Die Schüler informieren sich über die Fördermöglichkeiten, die der Staat in Bezug auf erneuerbare Energien anbietet.
- Die Schüler führen eine Podiumsdiskussion zum Thema Energiewende durch. Zunächst sammeln sie in Gruppen Thesen und Argumente zu der Frage „Welche Auswirkungen und Konsequenzen hat der vom Bundestag beschlossene Ausstieg aus der Atomenergie bis zum Jahr 2022 schon heute, aber auch langfristig a) für die Verbraucher, b) für die Unternehmen, c) für den Staat und d) für die Stromkonzerne?“
- Mehr als 70% der Treibhausgase in Europa – und auch in Deutschland – werden direkt oder indirekt durch Konsumententscheidungen verursacht (laut einer Pressemitteilung des BMUB vom 13. 7. 2015, Quelle: www.bmub.de). Die Schüler erarbeiten eine Liste von Maßnahmen, die sie selbst ergreifen können, um den nachhaltigen Konsum zu verbessern.
- Unter www.fussabdruck.de bei „Brot für die Welt“ machen die Schüler den Test für ihren eigenen ökologischen Fußabdruck. Die jeweiligen Ergebnisse dienen als Einstieg in das Thema.

VORSCHLÄGE FÜR ARBEITSAUFGABEN

- In welchen Umweltbereichen setzt die deutsche Umweltpolitik an, und welche Maßnahmen zu Umweltschutz und nachhaltiger Entwicklung wurden in den letzten zehn Jahren auf den Weg gebracht? Listet die Ergebnisse chronologisch auf.
- Was bedeutet der „ökologische Fußabdruck“? Die Schüler zeigen anhand von Beispielen seine Bedeutung für den Alltag auf. Im Anschluss erarbeiten sie Vorschläge, was jeder einzelne zu einem guten Wert beitragen kann.

◉ Instrumente der Umweltpolitik

Der Staat setzt ein breites Instrumentarium in der Umweltpolitik ein – in Form von

- Auflagen und Verordnungen: Verhaltensvorschriften, die bei Nichteinhaltung zu Sanktionen führen (Beispiel: Bundesimmissionsschutzgesetz),
- Steuerpolitik: Umweltsteuern sollen umweltschädliches Verhalten durch Besteuerung verteuern (Beispiele: Energiesteuer, Stromsteuer, Kfz-Steuer),
- Fördermaßnahmen: Schaffung von Anreizsystemen zum umweltfreundlichen Verhalten (Beispiel: Förderung von erneuerbaren Energien).

◉ Ökologischer Fußabdruck

Der ökologische Fußabdruck ist ein Umweltindikator, der die Nachhaltigkeit des menschlichen Handelns messen soll. Er bemisst die Biokapazität, die notwendig ist, um den Lebensstil eines Menschen dauerhaft aufrechterhalten zu können, ohne dass Raubbau an der Natur betrieben wird. Damit sich das Ökosystem Erde immer wieder regeneriert, stehen derzeit 1,8 Hektar pro Person zur Verfügung. Der weltweit durchschnittliche Verbrauch liegt allerdings bei 2,7 Hektar. Deutschland erreicht mit 4,6 Hektar mehr als das Doppelte des verträglichen Fußabdrucks.

(Quelle: <http://www.bmub.bund.de/bmub>)

ANREGUNGEN FÜR DEN UNTERRICHT

- Die Schüler finden Beispiele für die Globalisierung in ihrem Alltag. Wo kommen die Produkte her, die sie in der letzten Zeit gekauft haben (Stichwort: grenzenloses Shoppen)? Anhand eines Beispiels verfolgen die Schüler die Herkunft des gewählten Produkts zurück und machen sich mit den Arbeitsbedingungen im Herkunftsland (Lohn, Arbeitszeit, Rechte, Arbeitsschutz usw.) vertraut. Sie tragen ihre Ergebnisse in der Klasse vor und vergleichen sie.
- Die Schüler stellen zunächst die allgemeinen Vor- und Nachteile der Globalisierung zusammen. Zählt das Beispiel aus der vorhergehenden Aufgabe nach Meinung der Schüler zu den Gewinnern oder zu den Verlierern? Die Klasse diskutiert dies und stimmt ab.
- Die Schüler recherchieren zunächst den Verlauf der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise, die 2007 begann. In einem Tafelbild oder einer Powerpoint-Präsentation skizzieren sie durch Pfeile die Wirkungskette bis hin zur aktuellen EU-Staatsschuldenkrise und stellen der Lerngruppe ihre Skizze vor.

VORSCHLÄGE FÜR ARBEITSAUFGABEN

- Was ist Globalisierung, und wie ist sie entstanden?
- Wie macht sich die Globalisierung auch in unserem Alltag bemerkbar?
- Was tun die nationale Politik und die Weltgemeinschaft für die Verlierer der Globalisierung?
- Welche Rolle spielt der Finanzmarkt im allgemeinen Wirtschaftskreislauf? Warum ist er von großer Bedeutung?
- National und europaweit wurden massive Stabilisierungsmaßnahmen und staatliche Regulierungen auf den Weg gebracht. Welche Ziele haben alle diese Maßnahmen? Recherchiert im Internet und in der Tagespresse.

◦ Eckpunkte zur Globalisierung**• Definition Globalisierung:**

Trend zur Internationalisierung, bei dem bisherige nationale Prozesse aus Handel und Wirtschaft, Arbeit, Kultur, Politik, Umwelt, Technik und Finanzen zunehmend auf eine internationale Ebene verlagert werden.

• Entstehung: verursacht durch ...

- ▶ den technischen Fortschritt, insbesondere auf den Gebieten der Daten- und Informationstechnologie
- ▶ die Deregulierung (Liberalisierung) traditioneller Branchen wie Energiewirtschaft, Telekommunikation, Transportwesen und Finanzdienstleistungen
- ▶ die Öffnung der Absatzmärkte in Osteuropa und das starke Wachstum in Asien, insbesondere in China

Globalisierung

- **Folgen:**
 - ▶ Entstehung weltweiter Märkte
 - ▶ Warenströme erfolgen über alle Landesgrenzen hinweg
 - ▶ Zunahme von Investitionen im Ausland und aus dem Ausland
 - ▶ Anstieg der Zahl globaler Unternehmenskooperationen und „Global Playern“ (Transnationale Konzerne)
 - ▶ Kapitalströme fließen rund um den Globus
 - ▶ nationale Regelungen werden durch internationale Absprachen und globale Kooperationen erweitert
 - ▶ transnationale Organisationen und Bündnisse gewinnen, nationale Lösungen und Besonderheiten verlieren an Bedeutung

◦ Internationale Finanzmärkte in der Globalisierung

Die globale Finanzmarktkrise, die 2007 ihren Anfang nahm, hat gezeigt, wie fragil das internationale Finanzsystem ist. Gleichzeitig wurde aber auch die zentrale Bedeutung des Bankensektors für die Stabilität der nationalen wie der internationalen Wirtschaft deutlich. Nur mithilfe staatlicher Maßnahmen und des Einsatzes von Steuergeldern konnte ein vollständiger Zusammenbruch des Finanzsystems verhindert werden.

Einige Vorteile der Globalisierung	Einige Nachteile der Globalisierung
Demokratie und Menschenrechte verbreiten sich weltweit.	Durchsetzung nationaler Politik wird schwieriger; einige Probleme müssen international gelöst werden.
Wettbewerb und Arbeitsteilung stärken die Effizienz; die Preise fallen.	Kurzfristigkeit der Interessen führt zu Fehlentwicklungen und zur Ausbeutung von Mensch und Natur.
Neue Absatzmärkte entstehen, neue Arbeitsplätze werden geschaffen.	Verstärkung des Wettbewerbs führt zu stärkerer Arbeitsteilung; Arbeitsplätze verschwinden
Weltweiter Einkauf von Rohstoffen und Zwischenprodukten senkt Beschaffungskosten.	Produktionsstätten werden in billigere Länder verlegt; nationale Arbeitsplätze gehen verloren.
Märkte (Arbeits-, Güter- und Kapitalmärkte) werden liberalisiert.	Unkontrollierte Finanzströme können weltweite Krisen auslösen.
Anstieg der Wirtschaftsleistung bringt breiten Wohlstand; Rückgang der weltweiten Armut.	Länder öffnen sich unterschiedlich schnell; es gibt Gewinner und Verlierer.
Schnelle Verbreitung von technischem Fortschritt; ineffiziente Wirtschaftspolitik gerät schneller unter Druck.	Durch ein erhöhtes Verkehrsaufkommen und Elektroschrott wird die Umwelt zerstört.

ANREGUNGEN FÜR DEN UNTERRICHT

- Der IWF vergibt Kredite an Länder ohne ausreichende Währungsreserven. Welche Bedingungen muss ein Land erfüllen, damit es Gelder des IWF in Anspruch nehmen kann? Worin werden diese investiert? Die Schüler stellen mithilfe der Website www.imf.org/external/np/exr/facts/deu/howlendd.htm zunächst Fakten zusammen. Sie diskutieren anschließend, inwiefern der IWF eine sinnvolle Organisation ist.
- Bei den Treffen im Rahmen der G 7 bzw. der G 20 gibt es immer wieder Proteste der Gegner. Was sind ihre Argumente? Die Schüler sammeln die Kritikpunkte der Globalisierungsgegner, setzen sich mit den Argumenten auseinander und bewerten diese.
- Internationale Regulierung hier, Vereinheitlichung dort: Greifen internationale Gruppen und Organisationen zu sehr in die Rechte der Einzelstaaten ein? Wo bleibt die Freiheit der einzelnen Länder? Stehen kleine Länder unter dem Diktat der Großen? Die Schüler setzen sich in Rollenspielen mit diesen Argumenten der Globalisierungsgegner auseinander, indem sie die Position eines starken und eines schwachen Landes einnehmen und die jeweiligen Positionen in einer Diskussion beleuchten.

VORSCHLÄGE FÜR ARBEITSAUFGABEN

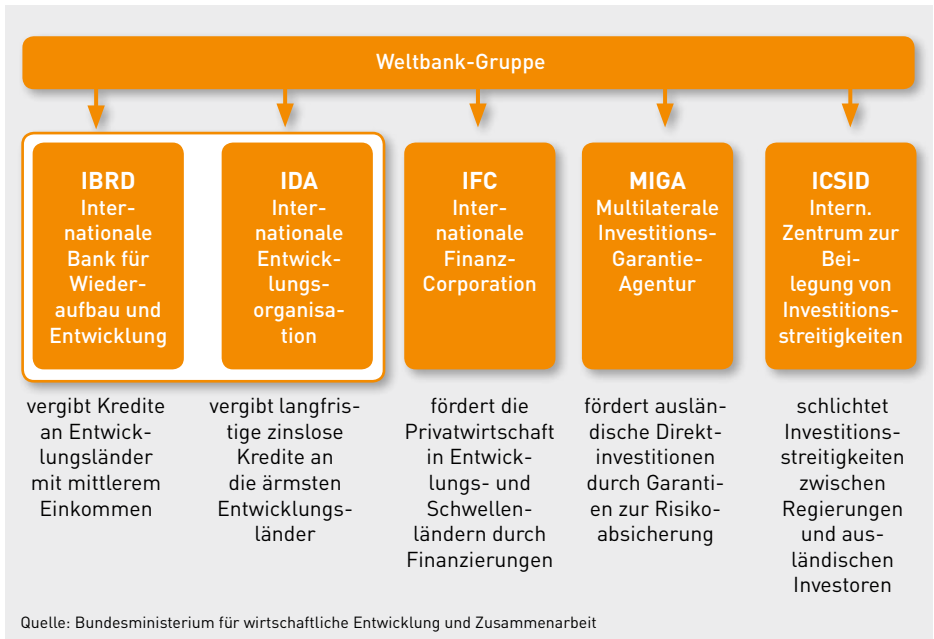
- Informiert euch über die verschiedenen internationalen Akteure in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit unter www.bmz.de → Was wir machen → Arbeitsweise → Multilaterale Zusammenarbeit → Akteure → IWF. Erstellt eine Übersicht aller Akteure.
- Welche Aufgabe hat der IWF in der Griechenland-Krise übernommen?

o Internationale Organisationen

Deutschland ist Mitglied in vielen internationalen und supranationalen Organisationen, Sonderprogrammen, Fonds, nicht ständig tagenden internationalen Ausschüssen sowie sonstigen inter- und multinationalen Institutionen und Gruppen. Einen Überblick gibt das von der Deutschen Bundesbank herausgegebene Buch „Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft“. Einige wichtige Organisationen sind:

o Die Weltbank

Die Weltbank oder eigentlich die Weltbank-Gruppe ist eine Sonderinstitution der Vereinten Nationen. Sie wurde zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) auf der Währungs- und Finanzkonferenz von Bretton Woods, New Hampshire (USA), im Juli 1944 gegründet. Seit den 60er-Jahren ist es ihre Hauptaufgabe, die Armut in der Welt zu bekämpfen und zum wirtschaftlichen Aufbau und zur Förderung von Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern als Geldgeber und Berater beizutragen.



Spricht man von „der Weltbank“, sind meist die beiden ersten Organisationen, IBRD und IDA, gemeint. Die Weltbank (IBRD) wird von 188 Mitgliedsländern (Stand: 2015), zu denen auch Deutschland seit 1952 gehört, getragen. Die Mitgliedsländer sind in unterschiedlicher Höhe am Kapital der Weltbank beteiligt und besitzen auch die letztendliche Entscheidungsgewalt.

Aufgaben:

- eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in den bedürftigen Mitgliedsländern fördern
- den Lebensstandard der Bevölkerung in den Entwicklungs- und Schwellenländern verbessern
- Armut bekämpfen
- durch Erleichterung von Investitionen und Kapitalanlagen die Wirtschaft stärken

Als Instrumente dazu dienen die Vergabe von zinsgünstigen Darlehen (Finanzhilfen), die Gewährung von technischer Hilfe bei Entwicklungsprojekten sowie die Koordinierung und Zusammenarbeit mit Organisationen der internationalen Entwicklungshilfe.

♣ Internationaler Währungsfonds (IWF)

Der Internationale Währungsfonds (IWF) wurde 1944 ins Leben gerufen, um die internationalen Währungsbeziehungen zu stabilisieren und den Welthandel zu verfestigen. Ab 1947 erhielt er den Status einer Sonderorganisation der UNO.

Der IWF besteht aus 188 Mitgliedern (Stand: 2015), zu denen auch Deutschland seit 1952 gehört. Der IWF finanziert sich aus den Einzahlungen der Mitgliedstaaten (Quoten). Die Höhe der Quote eines Landes wird nach

seiner Wirtschaftskraft festgelegt. Die USA sind größter Anteilseigner mit rund 17%, Deutschland ist mit etwa 6% hinter Japan drittgrößtes Mitglied.

Das Kapital des IWF wird in einer eigenen künstlichen Geldeinheit, den sogenannten Sonderziehungsrechten (SZR), ausgedrückt. Der Wert eines SZR wird anhand eines Währungskorbs aus den wichtigsten Währungen der Welt (Euro, Yen, Pfund Sterling und US-Dollar) errechnet. Der tägliche Wert, umgerechnet in US-Dollar, wird auf der Internetseite des IWF veröffentlicht.

Aufgaben:

- Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Währungspolitik
- Ausweitung des Welthandels
- Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte
- Vergabe kurzfristiger Kredite an Mitglieder, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden
- seit 2012 auch die Möglichkeit, bei makroökonomischen und finanziellen Krisen, die die globale Stabilität gefährden könnten, einzugreifen

◦ G7 und G20

Deutschland ist sowohl Mitglied der Gruppe der Sieben (G7) als auch der Gruppe der Zwanzig (G20).

Der G7 gehören Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, die USA und Kanada an. Außerdem ist die Europäische Union bei allen Treffen vertreten. Als G8 umfasste das Bündnis bis zur Krimkrise 2014 zusätzlich Russland. Die Staats- und Regierungschefs treffen sich auf Einladung der jeweiligen Präsidentschaft einmal jährlich, zuletzt im Juni 2015 auf Schloss

Elm/Deutschland. Diese Treffen bieten die Möglichkeit, im persönlichen Gespräch Standpunkte zwischen den Staats- und Regierungschefs auszutauschen.

Die Gruppe der 20 (G20) ist nach dem Beschluss ihrer Staats- und Regierungschefs vom September 2009 das zentrale Forum für die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit der bedeutendsten Industrie- und Schwellenländer. Der G20 gehören neben den G7-Staaten an: Argentinien, Australien, Brasilien, China, Indien, Indonesien, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Südkorea, Türkei und die Europäische Union.

◦ Geplant bis 2019: Kapitalmarktunion

Eine der jüngsten Initiativen der EU führt dahin, die bisherigen, eher national geprägten Kapitalmärkte zu einer gemeinsamen „Kapitalmarktunion“ zu verbinden. Da die Finanzierung von Unternehmen in Europa sehr stark von den Banken und weniger von den Kapitalmärkten (zum Beispiel den Börsen) abhängig ist, könnte ein gemeinsamer europäischer Kapitalmarkt nicht nur mehr Investitionen für Unternehmen aller Größenklassen sorgen; er könnte auch mehr Investitionen von außerhalb in die EU lenken und schließlich dazu beitragen, das Finanzsystem durch die Erschließung einer breiteren Palette an Finanzierungsquellen zu stabilisieren. Die EU-Kommission hat sich daher verpflichtet, bis 2019 die Grundsteine für eine gut regulierte und integrierte Kapitalmarktunion zu entwerfen.

Europäische Finanzpolitik

ANREGUNGEN FÜR DEN UNTERRICHT

- Wie funktioniert die EZB? Die Schüler verschaffen sich einen Überblick über die Struktur der EZB, ihre geldpolitische Strategie und die geldpolitischen Instrumente und nutzen dazu die Videos unter www.ecb.europa.eu/ → About → Educational. In Kurzreferaten fassen sie die Ergebnisse zusammen.
- Schreckgespenste „Deflation“, „Inflation“ und „Hyperinflation“: Die Schüler recherchieren die Bedeutung dieser Begriffe und recherchieren historische Beispiele. Anhand der Beispiele werden die Ursachen und Auswirkungen auf ein Land in Arbeitsgruppen analysiert und anschließend in der Klasse präsentiert.
- Warum haben sich nicht alle EU-Mitgliedstaaten für den Euro als Währung entschieden? Welche Argumente werden in den betreffenden Ländern genannt? Die Schüler erarbeiten in Gruppen die Positionen der betreffenden Länder. Was meinen die Schüler: Sollte eine EU-Mitgliedschaft automatisch auch den Euro als Währung bedeuten – ja oder nein? Die Klasse diskutiert diese Frage.
- Wie wirkt sich eine Zinssenkung, wie wirkt sich eine Zinserhöhung auf a) die Wirtschaft und b) die Banken aus? Die Schüler suchen Gründe für das jeweilige Resultat und entwickeln eine Präsentation mit dem Transaktionsmechanismus einer Zinsentscheidung der EZB.

VORSCHLÄGE FÜR ARBEITSAUFGABEN

- Bei ihrer Gründung wurde die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank von der Politik festgelegt. Welche Argumente lagen dem damaligen Beschluss zugrunde?
- Warum wird der Preisniveaustabilität eine so große Bedeutung zugemessen?
- Das Aufgabenspektrum der EZB wurde 2014 um die Bankenaufsicht erweitert. Was war der Hintergrund für diese Maßnahme?

◉ Der Weg der europäischen Integration

Der Gedanke, in Europa eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion zu errichten, reicht bis in die 50er-Jahre des letzten Jahrhunderts zurück. Doch erst mit Inkrafttreten des „Vertrags über die Europäische Union (EU)“ im November 1993, der auch als „Maastricht-Vertrag“ bezeichnet wird, wurden die Pläne der Mitgliedstaaten konkretisiert und schrittweise umgesetzt.

◉ Von 6 auf 28: die EU-Mitgliedstaaten

Was mit sechs Staaten vor über 60 Jahren begann, ist heute auf eine Gemeinschaft von 28 Mitgliedsländern angewachsen. Im Jahr 2004 kamen im Rahmen der Osterweiterung gleich zehn neue Mitglieder hinzu. Zuletzt wurde Kroatien 2013 als jüngstes Mitglied der Union aufgenommen. Zur EU gehören heute mehr als 500 Millionen Bürger. Die Wirtschaft der EU ist, gemessen am Volumen des Waren- und Dienstleistungsverkehrs (BIP), mit fast 14 Billionen Euro größer als die Wirtschaft der USA.

◦ Der Euro und die Eurozone

- Einführung des Euro am 1. Januar 1999 in Belgien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Portugal und Finnland zunächst als gesetzliches Zahlungsmittel und 2002 auch als Bargeld in Form von neuen Münzen und Geldnoten
- Die Eurozone, also diejenigen Länder, die den Euro als Währung haben, besteht 2015 aus 19 Staaten. Zuletzt kamen Lettland 2014 und Litauen 2015 hinzu.
- Von den übrigen neun EU-Staaten sind sieben verpflichtet, den Euro einzuführen, sobald sie die vereinbarten Konvergenzkriterien – auch Maastricht-Kriterien genannt – erreicht haben.
- Dänemark, Schweden und das Großbritannien können den Euro einführen, haben sich aber bisher dagegen entschieden.

◦ Das Europäische System der Zentralbanken und die Europäische Zentralbank

Die Europäische Zentralbank, kurz EZB, bildet zusammen mit allen nationalen Zentralbanken der 28 EU-Staaten – unabhängig davon, ob die Staaten den Euro als Währung eingeführt haben oder nicht – das Europäische System der Zentralbanken, kurz ESZB. Für Deutschland ist die Deutsche Bundesbank dort vertreten.

Eckpunkte des Maastricht-Vertrags von 1993

Die mit dem Maastricht-Vertrag gegründete Europäische Union ruhte auf drei Säulen:

- erste Säule: die Etablierung und Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft, die Gründung der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie die spätere Einführung des Euros
- zweite Säule: der Einstieg in eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
- dritte Säule: die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres

Besondere Merkmale der EZB sind ihre Unabhängigkeit von den Regierungen der beteiligten Länder und ihre transparente Informationspolitik. Die Unabhängigkeit soll sicherstellen, dass die EZB allein über ihre Strategie und ihr Vorgehen zur Wahrung der Geld- bzw. Preisstabilität entscheiden kann und nicht politischer Einflussnahme unterliegt.

Das zentrale Entscheidungsorgan ist der EZB-Rat. Er steuert die Geldpolitik des Euroraums, vor allem über die Festsetzung der Zinssätze, zu denen sich Geschäftsbanken bei der EZB Geld beschaffen (Leitzinsen). Das EZB-Direktorium führt die Beschlüsse des EZB-Rates aus und ist für die einheitliche Durchführung der Geldpolitik im Euroraum verantwortlich. Der erweiterte EZB-Rat ist in erster Linie Bindeglied zu den Zentralbanken der EU-Staaten, die nicht an der Währungsunion teilnehmen, und hat eine koordinierende und beratende Funktion.

Europäische Finanzpolitik

◦ Preisstabilität ist oberstes Ziel

Das vorrangige Ziel der EZB ist es, die Preisstabilität zu gewährleisten (Art. 127 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union). Die Preisstabilität ist besonders wichtig, da sie eine grundlegende Voraussetzung für das reibungslose Funktionieren der Marktwirtschaft und damit für ein Wirtschaftswachstum und eine hohe Beschäftigung ist.

Die Aufgaben der EZB bestehen darin,

- die Geldpolitik für die Eurozone festzulegen und auszuführen,
- Devisengeschäfte durchzuführen,
- den Bankensektor zu überwachen,
- die offiziellen Währungsreserven zu halten und zu verwalten und
- das reibungslose Funktionieren der Zahlungssysteme zu fördern.

◦ Die geldpolitische Wirkungskette (Transmissionsmechanismus)

Die EZB kann durch ihre Geldpolitik das Preisniveau von Waren und Dienstleistungen nicht unmittelbar beeinflussen, sondern muss dazu einen indirekten Weg einschlagen. Dies tut sie über die Festlegung der Zinssätze, zu denen sich Banken bei ihr Geld leihen oder anlegen (Leitzinsen). Senkt die EZB beispielsweise die Leitzinsen, besagt die modellhafte Wirkungskette der Geldpolitik der EZB, der sogenannte Transmissionsmechanismus, dass die Banken die niedrigen Zinsen an ihre Kunden weitergeben: Investitionen werden durch die niedrigeren Kreditzinsen begünstigt, Geld wird dagegen im Zuge niedriger Einlagenzinsen lieber ausgegeben als gespart. Dadurch steigt die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen (deren Preise steigen), und so wird die Konjunktur angekurbelt. Steigende Zinsen wirken entsprechend dämpfend auf die Konjunktur.

◦ Wichtige Gremien für Wirtschafts- und Währungsfragen in der EU

Innerhalb der EU gibt es verschiedene Gremien, die über Wirtschafts- und Finanzfragen beraten bzw. diese koordinieren. Da ist zunächst der ECOFIN-Rat. Der Rat „Wirtschaft und Finanzen“, auch als ECOFIN-Rat bekannt, ist für die Wirtschaftspolitik, für Steuerfragen, für die Finanzmärkte und den Kapitalverkehr sowie für die Wirtschaftsbeziehungen der EU zu Drittländern zuständig. Zudem stellt er den Jahreshaushaltsplan der EU auf und kümmert sich um die rechtlichen und praktischen Aspekte des Euros. Ihm gehören die Wirtschafts- und Finanzminister aller Mitgliedstaaten an. Auch die zuständigen Mitglieder der Europäischen Kommission nehmen an seinen Tagungen teil, die einmal im Monat stattfinden.

Die **Eurogruppe** ist ein informelles Gremium, in dem die Minister aus den Mitgliedstaaten des Eurowährungsgebiets über alle Themen rund um den Euro beraten, die in ihre gemeinsame Verantwortung fallen. Ihre wesentliche Aufgabe besteht darin, eine enge Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten des Eurowährungsgebiets zu gewährleisten und die Voraussetzungen für ein stärkeres Wirtschaftswachstum zu verbessern.

ANREGUNGEN FÜR DEN UNTERRICHT

- Zahlungsunfähige Staaten hat es in der Geschichte immer wieder gegeben. Die Schüler stellen Beispiele von früheren Staatspleiten in Europa in Kurzreferaten zusammen. Sie diskutieren, ob eine Pleite auch in Deutschland möglich wäre.
- Im Fall Griechenlands besteht das Problem darin, dass das Land Teil einer Währungsgemeinschaft ist. Die Schüler erarbeiten, warum es in einer Währungsgemeinschaft zu besonderen Problemen führt, wenn ein Land sich nicht an die Regeln hält.
- Regierungschefs, Finanzminister und Experten beraten über die Alternativen „Austritt aus dem Euro“, „Umschuldung“ und „weitere Stützungsmaßnahmen“. Die Schüler stellen die Optionen im Detail vor. Wie wäre Deutschland jeweils davon betroffen?
- Die EU verpflichtet die Staaten dazu, eine strenge Haushaltsdisziplin zu wahren. Was erwarten die Schüler: Werden die Länder sich daran halten?

VORSCHLÄGE FÜR ARBEITSAUFGABEN

- Warum ist die Haushaltsdisziplin für alle Länder in einer Währungsgemeinschaft so wichtig?
- Welche Sparmaßnahmen haben zum Beispiel Portugal und Irland ergriffen, um der Krise zu entgehen? Wie hat die Bevölkerung reagiert? Die Schüler informieren sich in den Medien und bereiten die Ergebnisse in kurzen Präsentationen auf.
- Woher hat Griechenland die Gelder bekommen, um die Schulden zu decken? Die Schüler konzentrieren sich auf den ESM und den IWF und erläutern die Hilfsprogramme. Die Ergebnisse werden in der Klasse präsentiert.

o Staatsschuldenkrise: Wenn ein Staat insolvent wird

„Griechenland vor dem Staatsbankrott!“ Diese oder ähnliche Schlagzeilen beherrschten die Medien Mitte 2015 und sorgten nicht nur für Turbulenzen an den weltweiten Börsen, sondern auch für Befürchtungen, dass die europäische Währungsunion und mit ihr der Euro Schaden nehmen könnte. Anders als bei Unternehmen, für die es geordnete Insolvenzverfahren gibt, wenn Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung droht, sind Staatspleiten nirgendwo geregelt. Betroffene Unternehmen werden einfach geschlossen oder zerschlagen, bei Staaten geht das nicht.

o Rückblick: Ursachen der Staatsschuldenkrise

Von der Staatsschuldenkrise, die 2009 ihren Anfang nahm, waren insbesondere folgende Euroländer betroffen: Griechenland, Irland, Italien, Portugal, Spanien und Zypern. Die wesentlichen Ursachen der Krise waren:

- Verschuldung der betroffenen Länder, da Ausgaben aufgrund niedriger Zinsen über Kredite finanziert wurden
- fehlende Disziplin zur Einhaltung der Regeln des Europäischen Stabilitätspakts (die sogenannten Maastricht-Kriterien) zur Begrenzung der Staatsverschuldung
- keine wirksamen Sanktionen gegen Staaten

Aktuelle Herausforderungen

- Schwächen im Bankensystem und in der Finanzmarktregulierung. Diese ermöglichen risikoreiche Investments, die zu Verlusten führten und in den Jahren 2009 massive staatliche Stützungsaktionen des Finanzsektors ausgelöst haben. Dadurch stieg die Verschuldung noch weiter an.

◦ Stabilisierungsmaßnahmen in der Staatsschuldenkrise

1. Der ESM

Als Hilfe für die in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Mitgliedstaaten spannte die EU ab Mai 2010 zunächst einen befristeten Euroschutzschirm auf. Er setzte sich zusammen aus dem Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) und der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF).

Mit dem Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM), der ab 2012 als permanenter Krisenbewältigungsmechanismus sowohl den EFSM als auch die EFSF ablöste, haben die Eurostaaten dann einen dauerhaften Schutz- und Nothilfemechanismus geschaffen. Der ESM gewährt allen Mitgliedstaaten, die in finanziellen Schwierigkeiten sind, Finanzhilfen unter Einhaltung wirtschaftspolitischer Auflagen. Der ESM kann maximal Finanzhilfen in Höhe von rund 500 Milliarden Euro vergeben.

Der deutsche Finanzierungsanteil am ESM beträgt 26,96 %. Dies entspricht rund 22 Mrd. Euro eingezahltem und rund 168 Mrd. Euro abrufbarem Kapital.

2. Der Fiskalvertrag

Eng verknüpft mit dem ESM ist seit 2012 der Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion, kurz „Fiskalvertrag“.

Mit dem Fiskalvertrag verpflichten sich die Länder, einheitliche und dauerhaft verbindliche Haushaltsregeln in ihren nationalen Rechtsordnungen zu verankern. Hilfen aus dem ESM können auch nur diejenigen Länder erhalten, die den Fiskalvertrag ratifiziert und nationale Schuldenbremsen eingeführt haben. Außerdem müssen die Eurostaaten ihrerseits finanz- und wirtschaftspolitische Auflagen erfüllen.

3. Überwachung der Staatshaushalte

Die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts, die im Dezember 2011 in Kraft trat, schreibt als Zielvorgabe einen strukturell (also um Konjunktur- und Einmaleffekte bereinigten) nahezu ausgeglichenen Haushalt vor und legt einen klaren Pfad zum Schuldenabbau fest. Hält ein Staat sich nicht an die Regeln, wird ein sogenanntes Defizitverfahren eröffnet, in dem der Rat der EU Korrekturmaßnahmen empfiehlt und für deren Umsetzung eine Frist setzt. Nötige Strafen werden dabei weitgehend automatisch verhängt. Zudem wurden einheitliche Mindeststandards für Haushaltsregeln eingeführt und strenge Standards zur statistischen Erfassung von Haushaltsdaten geschaffen.

2010 wurde das „Europäische Semester“ beschlossen – ein wirtschafts-, finanz- und beschäftigungspolitischer Koordinierungszyklus. Durch den systematischen Austausch zwischen den nationalen Regierungen und der Europäischen Union bekommt die haushaltspolitische Überwachung einen zeitlichen Rahmen, und die Durchsetzung notwendiger finanz- und wirtschaftspolitischer Reformen wird erleichtert.

◦ Stabilisierungsmaßnahmen zur wirtschaftspolitischen Steuerung

Durch folgende Maßnahmen soll verhindert werden, dass Steuergelder benötigt werden, um Banken zu retten:

- „Strategie Europa 2020“: Die EU soll sich bis 2020 zu einem wachstumsstarken Wirtschaftsraum entwickeln, in dem ein hohes Beschäftigungs- und Produktivitätsniveau besteht. Dazu werden Investitionen in Forschung und Entwicklung gefördert, der Klimaschutz und der Energiewandel sollen verbessert und die Armut in einigen Bevölkerungsschichten deutlich verringert werden.
- Der „Euro-Plus-Pakt“ (2011) soll das Wirtschaftswachstum fördern und bewirken, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit verbessert, die Arbeitslosigkeit zurückgeht, sich die öffentlichen Haushalte stabilisieren und die Finanzstabilität als Ganzes gestärkt wird.
- Das „wirtschaftspolitische Überwachungsverfahren“ dient der Vermeidung und der frühzeitigen Korrektur eines wirtschaftlichen Ungleichgewichts in einem Mitgliedstaat. Es umfasst neben einem System der Früherkennung und Vorbeugung („präventiver Arm“) auch ein Korrekturverfahren zur Beseitigung der negativen Entwicklung („korrekativer Arm“).

◦ Stabilisierungsmaßnahmen zur Finanzmarktregulierung in der EU

Das dritte und jüngste Maßnahmenpaket betrifft die Regulierung des Banken- und Finanzsektors und fußt auf drei Standbeinen, die unter der Bezeichnung „Europäische Bankenunion“ zusammengefasst werden.

Staatspleiten haben eine lange Tradition

Staatspleiten gab und gibt es nicht erst seit heute. Nach einer Untersuchung der Staatspleiten von 66 Staaten innerhalb der letzten 800 Jahre* war fast jedes Land bereits mindestens einmal, viele sogar mehrfach zahlungsunfähig. Frankreich verzeichnete beispielsweise acht Staatsbankrotte, Spanien bis heute insgesamt 13 und Griechenland war seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1829 inzwischen schon fünfmal pleite. Auch Deutschland verzeichnete insgesamt acht Staatsbankrotte, die beiden letzten erst 1923 und 1948. In der jüngeren Vergangenheit traf es 1998 Russland, 2002 Argentinien und 2008 Island.

(* Quelle: Carmen M. Reinhart, Kenneth Rogoff „Dieses Mal ist alles anders, Acht Jahrhunderte Finanzkrisen, April 2010)

Aktuelle Herausforderungen

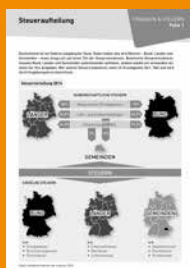
- Die „einheitliche Bankenaufsicht“ wurde im November 2014 bereits umgesetzt. Die EZB hat die Verantwortung für den einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism, SSM) übernommen und fungiert als zentrale Bankenaufsichtsbehörde im Euroraum.
- Der „einheitliche Abwicklungsmechanismus“ (Single Resolution Mechanism, SRM) wird ab 2016 gelten. Mit dieser Regulierung wird eine maßgebliche Schwachstelle in der Finanz- und Bankenkrise von 2008/2009 behoben. Damals gab es kein Verfahren, eine Bank in Schieflage zu ordnen und schnell abzuwickeln, also stillzulegen. Ab 2015 wird der „Single Resolution Fonds“ (SRF) aufgebaut, der bis Ende 2023 mit circa 55 Mrd. Euro ausgestattet sein wird und von einer europäischen Abwicklungsbehörde verwaltet werden wird. Mit den Mitteln, die im SRF angespart werden, sollen in Zukunft systemrelevante Banken des Euroraums, die in Schieflage geraten sind, abgewickelt werden. Es ist klar geregelt, dass zunächst Eigentümer und Gläubiger für Verluste haften, und nur wenn diese Mittel nicht ausreichen, kommt der SRF zum Einsatz. Der Steuerzahler wird geschützt, denn Steuergelder dürfen zukünftig erst dann zur Bankenrettung verwendet werden, wenn auch die Mittel des SRF vollständig aufgebraucht worden sind. Risiko und Haftung im Bankensektor werden so wieder zusammengeführt.
- „Einlagensicherung“: Die Anforderungen an die nationalen Sicherungssysteme werden mit der überarbeiteten „Einlagensicherungsrichtlinie“ (Deposit Guarantee Schemes Directive) weiter angepasst und in der EU harmonisiert. Alle EU-Länder sind nun verpflichtet, bankenfinanzierte Einlagensicherungsfonds aufzubauen, damit im Entschädigungsfall die Bankeneinlagen der Kunden bis zu 100.000 Euro garantiert sind.

Bestellen Sie das Medienpaket Finanzen & Steuern 2015/2016 kostenlos im Klassensatz!

Jedem Klassensatz liegen 30 Schülerhefte und eine Lehrerbegleitbroschüre, jeder Sendung ein Foliensatz bei. Solange der Vorrat reicht.
Bestellmöglichkeit (unter Angabe der Lieferanschrift) per Telefax: 06123/92 38-244,
E-Mail: jubi@vuserve.de oder im Internet: www.jubi-shop.de.

Anfragen an das Bundesministerium der Finanzen zum Projekt Finanzen & Steuern können an die folgende Adresse gerichtet werden: Bundesministerium der Finanzen – Referat Bürgerangelegenheiten – 11016 Berlin, E-Mail: poststelle@bmf-bund.de

FOLIEN FÜR DEN UNTERRICHT



Welche Steuern Bund, Ländern und Gemeinden zu- stehen, verdeutlicht Folie 1.



Folie 2 zeichnet den Weg der Lohnsteuer von der Firmenbuchhaltung bis zum Finanzamt nach.



Folie 3 zeigt auf, wie sich die Staatsverschuldung in Deutschland entwickelte.



Wie sich die Steuereinnahmen im Jahr 2014 verteilen, verdeutlicht Folie 4.



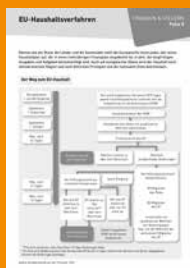
Der Weg zum Bundeshaushalt erfolgt in 16 Schritten, wie in Folie 5 dargestellt.



Folie 6 veranschaulicht den Länderfinanzvergleich 2014.



Welcher Mitgliedstaat der EU hat den höchsten Schuldenstand? Folie 7 gibt Aufschluss.



Folie 8 erläutert das Haushaltsverfahren der Europäischen Union.

